

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Hamburg: In Zelten untergebrachte Flüchtlinge demonstrierten im Oktober zum Rathaus

- *Das Konzept sichere Herkunftsländer richtet sich vor allem gegen Roma – S. 2*
- *Regionalwahl in Frankreich: Front National gestärkt, aber in keiner Regierung – S. 4*
- *Zwanzig Jahre Bürgerbegehren in Bayern – S. 13*
- *Tarifabschlüsse im Schnitt bei knapp drei Prozent – S. 16*
- *Neuer Nationalismus – S. 21*

Ausgabe Nr. 12 am 23. Dezember 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Zum Beispiel Hamburg: „Westbalkanflüchtlinge“

Das Konzept sichere Herkunftsländer richtet sich vor allem gegen Roma

Schon bisher hatten Roma aus den Westbalkan-Staaten in Deutschland – anders als in skandinavischen Ländern z.B. – kaum die Chance, als Schutzsuchende anerkannt zu werden. Doch mit der gesetzlichen Festschreibung der Westbalkan-Staaten Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Mazedonien und Albanien als „sichere Herkunftsländer“ hat sich ihre Situation noch einmal verschärft. Diese Festschreibung richtet sich vor allem gegen Roma. Sie verweigert ihnen faktisch das Recht, die Gründe, aus denen sie Schutz suchen, überhaupt angemessen darzulegen. Damit wird ihnen die Möglichkeit geraubt, einen solchen Status zu erhalten. Die Zahl der Abschiebungen steigt, Sammelabschiebungen sind inzwischen an der Tagesordnung.

Die Verschärfung trifft nicht nur Roma, die in den letzten ein, zwei Jahren eingereist sind. Auch auf Roma, die in den 90er Jahren vor den Balkankriegen flohen, in denen Jugoslawien zerteilt wurde, wächst der Vertreibungsdruck. Viele dieser Roma leben seit zwanzig Jahren und länger, aus welchen Gründen auch immer, nur mit einer Duldung in Hamburg.

Wie viele dieser Roma, die hier Familien gegründet haben, Kinder bekommen haben, aus der Stadt vertrieben oder sogar abgeschoben wurden, wissen wir nicht. Auf dem „Roma-Tag“ am 6. Dezember auf der Veddel berichtete einer der Redner, dass immer wieder jahrzehntelang hier lebende Familien „verschwinden“. Ohne in Einzelheiten zu gehen, kann ich aus meiner parlamentarischen Arbeit den Eindruck bestätigen, dass der staatliche Vertreibungsdruck auf die Roma ohne sicheren Aufenthaltsstatus enorm zugenom-

men hat. Das ist dann besonders dramatisch, wenn die Abschiebedrohung Familien trifft, in denen die Eltern unterschiedliche Aufenthaltstitel haben, und vor allem, wenn hier geborene und aufgewachsene Kinder betroffen sind.

Angesichts dessen sind neuere Anläufe der Selbstorganisation von Roma unbedingt zu unterstützen. Zu nennen ist zum einen die Gruppe Romano Jekipe (<http://romas-in-hamburg.blogspot.de/>), die im September im Kampf gegen Abschiebungen den Michel besetzte. Zum anderen haben sich auf der Grundlage des ROMED2-Programms des Europarats (<http://www.coe-romed.org/>) in den letzten Monaten Community Action Groups gebildet: In Hamburg gibt es bisher zwei solcher Aktionsgruppen, in Altona und in Billstedt, eine weitere Gruppe ist im Stadtteil Veddel im Aufbau. Eine weitere kommunale Aktionsgruppe existiert, neue Gruppen entstehen in Berlin, Bremen, Mannheim, Dortmund, Düsseldorf und Köln.

Diese Community Action Groups entwickeln Vorschläge zur Verbesserung des Zugangs zu Bildung, Wohnen, Gesundheit und Beschäftigung und versuchen sie in Zusammenarbeit mit der Verwaltung umzusetzen. „Es geht um Bürgerbeteiligung und darum, Wahrnehmungen zu verändern: auf Seiten der Bürger der Eindruck, es ließe sich nichts verändern, und auf Seiten der Verwaltung die leider oft vorhandene Wahrnehmung: ‚Die Roma wollen sich nicht integrieren‘, heißt es in einem Flyer der Hamburger Gruppen.

Wir dokumentieren hier die aktuelle Grundsatzerklärung der Hamburger Community Action Groups.

Christiane Schneider

Erklärung der Roma Community Action Groups

I.

Es gibt kein europäisches Land nach dem Fall der Berliner Mauer, das nicht mit Roma-Tränen bzw. Roma-Blut getränkt ist.

Seit 1990 kommt es in den ost- und südosteuropäischen Ländern zu pogromartigen Angriffen, Serienmorden und einer radikalen Ausgrenzung und Entrechtung der Roma als Menschen und Staatsbürger, so dass uns die Lebensgrundlage entzogen ist. In den westlichen und zentralen europäischen Ländern werden uns in dieser Situa-

tion eine gesicherte Zuflucht und echte gesellschaftliche und politische Teilhabe verweigert, stattdessen sehen wir uns immer neuen Wellen von Vertreibung (Abschiebungen) gegenüber.

Viele von uns zwölf bis fünfzehn Millionen in Europa lebenden Roma sind tagtäglich mit Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung, Rassismus, sozialer, rechtlicher und politischer Ausgrenzung konfrontiert.

Europa wächst zusammen, gleichzeitig erleben wir Roma die massivsten Angriffe, Pogrome und Entrechtung

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Aber niemand auf den europäischen oder den nationalen politischen Ebenen erwähnt das ernsthaft oder kümmert sich um unsere Probleme. Wir werden als größte autochthone europäische Minderheit überall als Problem gesehen und von einem Land ins andere vertrieben.

Die Asyländerung in Deutschland mit der Deklaration neuer sicherer Herkunftsländer, flankiert von den Ankündigungen „schnell und rigoros zurückzuführen“ richtet sich maßgeblich gegen aus den Balkanländern geflüchtete Roma, konkret zu über 80% gegen Roma-Frauen und -Kinder – diejenigen, die sich am wenigstens wehren können. Obwohl der Europarat, die EU-Kommission, das U.S. State Department und Amnesty International der Einschätzung der Balkanländer als sichere Herkunftsländer deutlich widersprechen.

Sogenannte „sichere Herkunftsländer“ sind sicher für die Serben, Kroaten, Bosnier, Macedoner oder Albaner, aber nicht für uns Roma!

Die ersten Opfer der letzten Kriege auf dem Balkan waren Roma. Die serbische, kosovarische, kroatische, bosnische, mazedonische oder albanische Gesellschaft, sie alle sind nach den Balkankriegen politisch vertikal und horizontal zerissen, eine ideale Situation für Korruption, Rassismus, Diskriminierung, Nationalismus und Separatismus. Alle neuen Länder auf dem Balkan sind nationalistisch oder ethnisch orientiert. Unser Land Jugoslawien gibt es nicht mehr. Die Roma sind heute gezwungen, in diesen Ländern zu überleben, in denen sie nicht nur von Neonazi-Gruppen oder einzelnen Menschen angegriffen werden und um ihr Leben fürchten müssen, sondern auch von lokalen Regierungen sowie von den zentralen Regierungen diskriminiert und als Menschen sechundsiebziger Klasse behandelt werden.

II.

Herbst 2015 in Deutschland: Deutschland erlebt gerade einen Flüchtlingszulauf, den Deutschland freundlich aufnimmt. Gleichzeitig organisieren sich Nazis; „besorgte Bürger“, Kommunalpolitiker kritisieren die Zahl der aufgenommenen und die chaotische Flüchtlingspolitik. Die Kritik wird lauter, Angriffe auf Flüchtlinge und Unterkünfte reißen nicht ab. Die „sichere Drittstaatenregelung“ ist, in den Augen der Roma, ein Mittel, um diese Entwicklungen zu beruhigen, ein Mittel, mit dem die Regierung Stärke und Konsequenz zeigen will, indem sie demonstriert, dass sie definiert, wer bleiben und wer als illegitimer Flüchtling abgeschoben werden kann und soll.

Die zu schützenden Roma werden



„verkauft“, sie zahlen den politischen Preis in der aktuellen Situation.

Die Diffamierung von Roma-Flüchtlinge aus den Balkanländern als wirtschaftliche Flüchtlinge geht an unserer tatsächlichen Situation vorbei und ist in ihrem Kern antiziganistisch. Die Propaganda von der Armutsmigration aus Südosteuropa zielt darauf, Empathie und Solidarität mit Roma aus diesen Ländern zu verhindern und soll auf massive Abschiebung einstimmen, Widerspruch und Widerstand gegen sie delegitimieren.

Und dabei sind diejenigen, die als angebliche Wirtschaftsflüchtlinge abgeschoben werden sollen, nur 2% der in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge, ihre Abschiebung hat faktisch für die allgemeine Situation gar keine Bedeutung. Der Umgang der deutschen Regierung mit uns Roma muss sich ändern. Es kann nicht angehen, dass man mit Roma aus den Balkanländern herumexperimentiert, uns zu einem Spielball der Politik macht.

III.

Der zynische Gipfel ist, dass in dieser politischen Situation uns Roma aus den Balkanländern die politische Partizipation verweigert wird. Wir werden ohne Waffen in den Ring gezwungen. Wer kann für uns Roma aus den Balkanländern sprechen? Natürlich wir selbst: Seit 30 Jahren sprechen und kämpfen wir dafür – und wir haben immer friedlich demonstriert, haben nie die deutsche Gesellschaft in eine bedrohliche Lage gebracht, was wir als pazifistische Gesellschaft auch in Zukunft tun werden – gegen die Widerstände von Politik und Mehrheitsbevölkerung, Teil dieser Gesellschaft zu sein. Aber wir werden nicht gehört, nicht ernstgenommen. Damit bringt Deutschland uns in eine politische Sackgasse.

Die bilateralen Abkommen zwischen Deutschland und den sogenannten „sicheren Westbalkanländer“, die das Schicksal der Roma betrifft, wurden ohne unsere Beteiligung abgeschlossen. Es würde den europäischen Integrationsprozess der ex-jugoslawischen Länder unterstützen, wenn Deutschland demokratisch mit uns Roma umgehen und eine unmittelbare Kommunikation mit uns aufnehmen würde. Wenn dies wirklich im Interesse der deutschen Politik ist, müssen wir in

Zukunft an allen Entscheidungen beteiligt werden, die unser Leben betreffen. Wir Roma sind mündige Menschen, die auch als solche behandelt werden wollen.

IV.

Roma, die seit den 90er Jahren nach Deutschland geflüchtet sind, haben sich in der langen Zeit ihrer Anwesenheit an die Lebensgewohnheiten angepasst. In dieser Zeit wurden Familien gegründet, Kinder haben sich integriert und Deutsch als Muttersprache angenommen. Und jetzt werden wir, davon über 80% Frauen und Kinder, ohne Vorwarnung in der Morgenstunde von der Polizei abgeholt, haben dreißig Minuten Zeit, um unser Gepäck zu packen und werden dann in ein für unsere Kinder fremdes Land deportiert und dort weder Familie noch Wohnung haben. Das ist ein menschenverachtender und feindlicher Akt.

Die Geschichte der Roma ist in großen Teilen eine Tragödie. Selbstverschuldet ist die Tragödie nicht, ebenso wenig wie die Juden selber am Holocaust Schuld haben. Das Volk der im Deutschen Reich lebenden Roma wurde zu 95% von den Nazis umgebracht! Doch nicht nur die „Reichsziigeuner“ wurden getötet. Die Deutschen ermordeten auch schätzungsweise weitere 350 000 Roma in den besetzten Gebieten wie Serbien, Kroatien, Bosnien oder Mazedonien. Dies können die Sinti und Roma ebenso wenig vergessen, wie die Juden den Holocaust ignorieren können. Und wenn wir auch keinem Einzigen der heutigen Generation irgendeine noch so geringe Mitverantwortung geben, so reagieren wir doch sehr sensibel auf Ausgrenzungen, Verleumdungen, Diskriminierungen, Beleidigungen oder politische Vergewaltigungen. Die Frage muss legitim sein, den deutschen politischen Apparat zu fragen: „Würden Sie mit jüdischen Flüchtlingen auch so umgehen“?

Meine Damen und Herren, das Roma Affirmation Centre in Deutschland fordert:

- Sofortiger Abschiebestopp.
- Gerechtigkeit und Humanität für Roma-Kinder: Sicherheit und Beendigung des Abbruchs ihrer Bildungswege.
- Strukturen aufbauen für die politische Partizipation der Roma, damit sie an allen Entscheidungen, die in ihr Leben eingreifen, beteiligt werden.
- Bekämpfung der Antiziganismus.
- Anerkennung als europäische Minderheit: Staatsbürgerschaft und Heimat in der EU, Minderheitenschutz und Ressourcen für Kultur, Sprache, Tradition.

Roma Community Action Groups, Hamburg

Front National gestärkt, aber nirgends an der Regierung

Bernard Schmid, Paris

Zwei Gewinner mit blauem Auge, einen halben Verlierer – ebenfalls mit einem blauen Auge – und einen Verlierer auf der ganzen Linie ließen die französischen Regionalparlamentswahlen an den vergangenen beiden Sonntagen (6. und 13. Dezember 15) zurück.

Die beiden Gewinner sind die regierende Sozialdemokratie sowie der rechtsextreme Front National (FN). Die Erstgenannte konnte zwar nicht die Kontrolle über eine Mehrheit der künftigen Regionalregierungen erringen und wird nunmehr fünf von insgesamt dreizehn französischen Großregionen regieren. Bis zu den Wahlen und zur jüngsten Gebietsreform war der Parti Socialiste (PS) noch Regierungspartei in 21 von 22 früheren Verwaltungsregionen, aus denen ab dem 1. Januar kommenden Jahres – durch den Zusammenschluss mehrerer von ihnen – die neuen Einheiten offiziell entstehen werden. Dennoch muss man von einem Erfolg für die Pariser Regierungspartei sprechen. Denn noch vor wenigen Wochen hätte man ihr, angesichts des Desasters besonders ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik und der damaligen Umfragewerte für Präsident François Hollande, nicht einen Bruchteil ihrer jetzigen regionalen Wahlsiege zugetraut.

Krise des konservativen Blocks

Spiegelbildlich dazu verhält es sich mit dem Block der Konservativen und Wirtschaftsliberalen, vertreten vor allem durch die beiden Parteien Les Républicains (LR) – ehemals UMP – sowie UDI, als den halben Verlierern. Ihr Zusammenschluss wird künftig sieben von dreizehn Regionen kontrollieren, die dreizehnte Region fiel am Sonntag an die korsischen Autonomisten und Inselnationalisten.

In zweien dieser Regionen, die nunmehr durch die Konservativen geführt werden, ging die Wahl am Ende nur sehr knapp zu ihren Gunsten aus, und ihre Vertreter in der Hauptstadtregion Ile-de-France sowie in der Normandie mussten noch weit bis in den Sonntagabend hinein zittern. Hinzu kommt aber vor allem, dass viel böses Blut unter ihren Spitzenleuten herrscht. Ein Symptom dafür war, dass LR-Chef Nicolas Sarkozy dem Wahlabend seiner eigenen Partei zum Großteil fernblieb: Er verließ ihn zu einem sehr frühen

Zeitpunkt, als etwa der Ausgang in der Region Ile-de-France – wo Sarkozys frühere Hochschulministerin Valérie Pécresse Spitzenkandidatin war – noch völlig offen war, und begab sich stattdessen ins Fußballstadion. Dies trug ihm sarkastische Kommentare etwa von seinem „Parteifreund“, Ex-Premierminister Jean-Pierre Raffarin (ebenfalls LR), ein. Ein anderes Krisenzeichen ist, dass die frühere Sprecherin Sarkozys im Präsidentschaftswahlkampf, die zum moderaten Flügel der bürgerlichen Rechten zählende Ex-Umweltministerin Nathalie Kosciusko-Morizet („NKM“), am Montagmittag (14. Dezember) durch ihren Parteichef im Eilverfahren aus dem Vorstand gefeuert wurde. Am Wahlabend hatte sie ihre in der Vorwoche geäußerte Kritik an der Linie Sarkozys wiederholt, welche sie als zu nahe an den rechtsextremen Front National angelehnt bezeichnete.

Sarkozy hatte unter anderem in der Woche zwischen den beiden Durchgängen der Wahlen wörtlich erklärt, es sei „nicht unmoralisch, für den Front National zu stimmen“, und hatte die neofaschistische Partei sowie die Sozialdemokratie explizit auf die gleiche Stufe gestellt. Zugleich hatte Nicolas Sarkozy es scharf abgelehnt, Listen der eigenen Partei vor der Stichwahl zurückzuziehen, wenn die Sozialdemokratie besser platziert war, um eine Wahl der extremen Rechten zu verhindern. Die regierende Sozialdemokratie ihrerseits hatte dies unter anderem in den Schlüsselregionen in Nordost- und Südostfrankreich, also Nord-Pas de Calais-Picardie sowie Provence-Alpes-Côte d'Azur, wo der Front National bereits im ersten Wahlgang über vierzig Prozent gekommen war, zugunsten der Konservativen getan. Sarkozy verweigerte jegliche Gegenleistung und jegliches gleichartige Handeln, auch wenn er erklärte, er „respektiere“ die Entscheidung des PS. Dahinter steckt sicherlich auch die Überlegung, dass derzeit im Falle eines Rückzugs der konservativen Liste ein massives Überlaufen ihrer WählerInnen zur extremen Rechten in Gestalt des FN, statt zur Sozialdemokratie, zu erwarten wäre.

Die Widersprüche innerhalb des konservativen Blocks, seine Haltung zur extremen Rechten betreffend, brechen nunmehr voll auf. In der seit dem zweiten Wahlgang vom 13. Dezember 15 vergangenen Woche haben

diese Widersprüche sich noch zugespitzt. Laut einer Meinungsumfrage (vom Institut Odoxa), deren Ergebnisse am Freitag den 18. Dezember publik wurden, erwarten 67 Prozent der befragten Französischen und Franzosen „ein Auseinanderbrechen der Partei LR“¹. Und auch wenn eine Umfrage im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl 2017 – mit knappem Abstand von nur einem Prozent zwischen zweien der Herausforderer – sicherlich noch keine Rückschlüsse auf den zu erwartenden Wahlgang zulässt: Es ist bezeichnend, dass am selben Tag (18.12.15) eine Befragung publik wurde, derzufolge die konservative Rechte nicht in die Stichwahl bei der nächsten Präsidentschaftswahl einziehen würde – falls Nicolas Sarkozy ihr Kandidat wäre (der bürgerlich-wirtschaftsliberale frühere Premierminister Alain Juppé hätte demnach allerdings bessere Chancen). Die zweite Runde würde demnach zwischen Marine Le Pen mit 27 Prozent der Stimmen im ersten Durchgang und dem rechtssozialdemokratischen Amtsinhaber François Hollande (22 %) ausgetragen, Nicolas Sarkozy (21 %) müsste demzufolge nach der ersten Runde ausscheiden². Auch wenn eine Schwalbe keinen Sommer, und eine Umfrage noch keine Wahl ausmacht: Zum ersten Mal seit circa zwei Jahren deutet die Demoskopie darauf hin, dass es nicht mehr unbedingt die Sozialdemokratie wäre, die chancenlos dastünde, was ihre Teilnahme an der zweiten Runde betrifft. Bislang sah es so aus, dass weder Präsident Hollande noch Premierminister Manuel Valls ernsthafte Chancen hätten, sich für die Stichwahl zu qualifizieren. Nunmehr wird es demnach für den konservativen Block eng.

Ein solches Szenario wäre wiederum eine Traumsituation für die extreme Rechte. Denn die konservative Wählerschaft würde sich demnach zwischen den beiden Blöcken in der Stichwahl aufteilen.

Nationaler Kontext

Dass sich letztendlich bei diesen Regionalparlamentswahlen die Sozialdemokratie auf Kosten der Konservativen

1 Vgl. <http://actu.orange.fr/politique/deux-tiers-des-francais-pensent-que-le-parti-les-republicains-risque-d-imploser-afp-CNT000000gP3hD.html>

2 Vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/12/18/97001-20151218FILWW00166-2017-sarkozy-elimine-au-premier-tour-ifop.php>

unerwartet gut halten konnte, liegt am nationalen politischen Kontext. In Zeiten schwerer Attentate, wie sie sich am 13. November in Paris ereigneten, oder außenpolitischer Krisen regieren viele Wählerinnen und Wähler mit einer Haltung, die man als *légitimité* bezeichnet und die darauf beruht, dass man den gerade Regierenden den Rücken stärkt und den Schulterchluss mit ihnen vollzieht. In der Periode nach den Attentaten schnellten die Popularitätswerte von Präsident François Hollande von zuvor rund 17 auf genau 50 Prozent nach oben. Also noch erheblich stärker als nach den Attentaten im Januar dieses Jahres, infolge derer dieselben Beliebtheitswerte von 17 auf damals 34 Prozent gestiegen waren, bevor es in den Folgemonaten wieder bergab mit ihnen ging. Ein noch klareres Anzeichen dafür ist, dass der deutlichste Wahlsieger aus den Reihen der Sozialdemokratie der amtierende Verteidigungsminister ist, Jean-Yves Le Drian. Zwar hatte er in der Bretagne, wo er als Spitzenkandidat antrat, keinerlei Wahlkampf vor Ort betrieben und auch während der Wahlkampagne angekündigt, im Falle seiner Wahl werde er „Vollzeit-Verteidigungsminister“ in Paris bleiben. Dennoch honorierten es die Wähler. Wo in der Stichwahl eine relative Mehrheit genügt hätte – da drei Listen antraten –, konnte Le Drian über

51 Prozent der Stimmen sammeln.

Diese Situation geht damit einher, dass die Sozialdemokratie mit keinerlei sozialen, ökologischen oder demokratischen Versprechungen ihren Wahlkampf betrieb, sondern als Partei des Notstands, der Krisenverwaltung und der militärischen Interventionen. Eine moralische Veredelung erhielt dieses Auftreten dann jedoch in der Woche vor den Stichwahlen: Um die Republik zu retten, so lautete ihre Argumentation, verzichtete die Partei in mehreren Regionen zugunsten der Konservativen auf ein eigenes Antreten. Dies mag den Vorteil aufgewiesen haben, dass die Wahlchancen des Front National – dem man nach dem ersten Durchgang in vier bis fünf Regionen gute Aussichten auf die Regierungsübernahme prophezeit hatte – in der zweiten Runde dadurch geschmälert wurden.

Zugleich möchte insbesondere Premierminister Manuel Valls aus der Not auf Dauer eine Tugend machen und eine „republikanische Front“ zimmern, in welcher die Sozialdemokratie am besten aufgehen solle. Vor der Präsidentschaftswahl 2012, bei der er sich vergeblich um die Kandidatur für den PS bemühte, hatte Valls sich noch für eine Namensänderung der Partei stark gemacht, um das Wort „sozialistisch“ definitiv aus ihrem Namen verschwinden zu lassen. Damit hatte er zwar

nur fünf Prozent bei der innerparteilichen Urabstimmung erreicht, an der er als Rechtsaußen im PS-Spektrum teilnahm. Heute setzt er diesen Kurs jedoch bruchlos fort. In der Wahlnacht am Sonntag setzte der Abgeordnete Julien Dray, der früher einmal zum linken Parteiflügel zählte und erheblich nach rechts wanderte, seinerseits die Frage einer Umbenennung – also der Entfernung des Adjektivs „sozialistisch“ – erneut auf die Tagesordnung.

Zum Totalverlierer der Wahl wurde vor diesem Hintergrund die politische Linke jenseits der Sozialdemokratie, die mit ihren Themen im Gesamtklima überhaupt nicht punkten konnte. Die „Linksfront“, ein Zusammenschluss aus einer Linksabspaltung von der Sozialdemokratie und der französischen KP sowie kleinerer Gruppen, erhielt im ersten Wahlgang nur noch 4,1 Prozent. Allerdings trug dazu auch ihre Zerstrittenheit mit bei, die dazu führte, dass ihre Mitgliedsparteien mal mit-, mal gegeneinander antraten und ein völlig unkohärentes Bild abgaben. Hauptsächliche Ursache dafür ist der anhaltende Opportunismus der französischen KP gegenüber der Sozialdemokratie, deren Listen sie in manchen Regionen schon im ersten Wahlgang direkt unterstützte. Umgekehrt nimmt der Parti de gauche (PG, Linkspartei), die Abspaltung von der Sozialdemo-

Zusammensetzung der Wähler/innen/schaft des Front National (FN)

Wie schon bei anderen Wahlen in den letzten 25 Jahren – seitdem die früher einmal eher mittelständische Wählerschaft des Front National (FN) während der achtziger Jahre ab den neunziger Jahren zum Teil durch eine Unterklassen-Anhängerschaft ausgetauscht wurde, parallel zum Wechsel im sozial- und wirtschaftspolitischen Diskurs der rechtsextremen Parteien – weist der Front National einen „Unterklassenbauch“ auf. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person für den FN stimmt, wächst umgekehrt proportional zum Einkommen sowie zum Bildungsgrad.

Treffen die Zahlen des Instituts OpinionWay zu, dann stimmten 14 Prozent der höheren Angestellten sowie Angehörigen intellektueller Berufe für den FN, doch 54 Prozent der Arbeiterschaft – sofern sie wählen ging, denn überdurchschnittlich viele Angehörige dieser sozialen Gruppe gingen überhaupt nicht zur Wahl.

Beim Institut Ipsos wiederum beträgt der Anteil der FN-Stimmen in der Arbeiterschaft 43 Prozent. Bei OpinionWay enthielten sich in dieser Gruppe demnach 51 Prozent der Stimme, laut Ipsos hingegen 61 Prozent; die Zahlenbasis ist also nicht vollständig gesichert, zeichnet jedoch eine Tendenz.

Aber auch 29 Prozent der Unternehmer und Selbständigen votierten dem-

nach für den FN. Von den Befragten mit Hochschulabschluss stimmten derselben Befragung zufolge 14 Prozent für den FN, bei denen mit Abitur 33 Prozent, unter denjenigen ohne Abitur hingegen 45 Prozent.

Unter den Anhänger/innen aller politischen Parteien weist die FN-Wählerschaft den höchsten Anteil von Personen auf, die sich als „an den Regionalwahlen interessiert“ ausgaben (60 Prozent, ansonsten im Durchschnitt 45 Prozent), die ihre Stimmentscheidung als seit längerem feststehend bezeichneten (47 Prozent gegenüber 42 Prozent im allgemeinen Durchschnitt), und die „nationale Politikinhalte“ als vorrangig gegenüber „lokalen“ darstellten (63 Prozent, durchschnittlich 41 Prozent). Dabei handelt es sich vor allem um die üblichen ideologischen Symbolthemen: Einwanderung (von 77 Prozent der FN- und 34 Prozent der allgemeinen Wählerschaft als Motiv angegeben) und „Innere Sicherheit“ (72 Prozent gegenüber 45 Prozent). Hinzu kommen Steuersenkungen (48 Prozent gegenüber 39).

Nahezu alle anderen Themen interessierten die FN-Wähler/innen weniger als die anderen, handele sich um die Schaffung von Arbeitsplätzen (33 Prozent zu 51), Umweltschutz (22 Prozent zu 39) oder Schulbauten, wofür die

Regionen zuständig sind.

Als wichtige Motiv wurde durch die FN-Wähler/innen ferner angegeben, dass sie durch ihre Stimmabgabe die Zentralregierung unter François Hollande abstrafen wollten. Dieses Motiv wurde von 63 Prozent unter ihnen genannt, im Durchschnitt aller Wähler/innen irgendeiner Partei durch 36 Prozent.

Was die früheren politischen Präferenzen der „frischen“ FN-Wähler betrifft, fällt auf, dass besonders viele jetzt neu hinzukommende Wähler/innen der extremen Rechten früher für Nicolas Sarkozy stimmten – 20 Prozent von dessen Wähler/innen bei der Präsidentschaftswahl 2012 fanden sich dieses Mal beim FN ein. Gemessen am Stimmverhalten in der ersten Runde der Regionalparlamentswahlen wechselten vor allem Wähler/innen der nationalistischen bürgerlichen Rechten, vertreten durch den sich selbst als „gaullistisch“ ausgebenden EU-Kritiker Nicolas Dupont-Aignan, in der Stichwahl zum FN. Dupont-Aignans Listen erzielten im ersten Durchgang knapp vier Prozent, im zweiten fanden sich 32 Prozent seiner Wählerschaft (laut OpinionWay) beim FN wieder. Dupont-Aignan hatte jede Stimmempfehlung für die zweite Runde verweigert.

kratie unter Jean-Luc Mélenchon, mal etwas linkere und mal auch neostalinistische Positionen ein und trumpte mitunter mit verbalradikalen Formulierungen auf. Zu Anfang dieser Woche wurde ihr Bündnis, die „Linksfront“, eingefroren und schien vor dem Auseinanderbrechen zu stehen. Auch die französischen Grünen, die von zuvor über zwölf Prozent bei den letzten Regionalparlamentswahlen 2010 – dieser Wahltyp ist besonders günstig für die Ökopartei – auf nur noch sechs absackten, scheinen politisch weitgehend marginalisiert. Es wird damit gerechnet, dass sie keine eigene Kandidatur zur Präsidentschaftswahl 2017 mehr präsentieren.

Es bleibt der Front National, der sich zu den Gewinnern rechnen darf, obwohl er es nicht schaffte, eine Regionalregierung zu übernehmen. Dies wurde durch die Stimmbündnisse der etablierten Parteien in mehreren neuralgischen Regionen verhindert. Es widerspiegelt zugleich das alte strategische Problem des FN, der keine Verbündeten aufweist, mit denen er sich im zweiten Wahlgang zusammenschließen könnte. Dort, wo eine relative Mehrheit nicht ausreicht, sondern eine absolute Mehrheit erforderlich ist – wenn nur zwei Listen in der Stichwahl antreten –, liegt die Hürde für ihn damit sehr hoch.

Zwar wurden oder werden mehrere Regionen in Europa von Rechtsextremen mitregiert, wie Kärnten in der Vergangenheit, das Burgenland in der Gegenwart oder die Lombardei und Venetien in Norditalien. Doch die betreffenden Parteien, wie die FPÖ und die Lega Nord, erreichten nirgendwo alleine über 50 Prozent, sondern schlossen stets Koalitionen mit etablierten Kräften. Solche verweigert der französische FN bislang, und vor allem sein wirtschafts- und sozialpolitischer Diskurs ist dem des konservativen Blocks bislang scheinbar diametral entgegengesetzt: Er setzt auf soziale Demagogie und auf Etatismus sowie vor allem auf „Antiglobalismus“, die Konservativen unter Sarkozy auf Wirtschaftsliberalismus und EU-Mitgliedschaft. Allerdings nahm der Front National seit dem Frühsommer dieses Jahres inzwischen einige wirtschaftsliberale Korrekturen an seinem Kurs vor.

Der FN bleibt in den Regionen weiterhin eine Oppositionspartei, doch nimmt er künftig 358 Sitze in ihren Parlamenten ein. Nicht nur dies ist ein Rekordwert für ihn, sondern auch die absolute Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen. Über 6,8 Millionen waren es im zweiten Wahlgang. Bislang lag sein Rekord bei 6,4 Millionen bei der Präsidentschaftswahl 2012.

Auch weiterhin muss mit der rechtsextremen Partei gerechnet werden.

Erdogan eskaliert den Krieg in Kurdistan

Wieder sind in der Türkei zig Tausende Menschen auf der Flucht. Um die 200.000 sollen die Städte Diyarbakir-Sur, Silopi, Silvan, Nusaybin, Sirnak und Cizre verlassen haben. Ihre Fluchtgründe: Tagelange, oft wochenlange Ausgangssperren, unterbrochene Wasserversorgung, Stromabschaltung, Abschaltung von Telefon- und Internetverbindungen, Unterbrechung der Lebensmittelversorgung, zerstörte Stadtviertel. Ganze Karawanen verlassen die umkämpften Gebiete, in denen jeweils 10.000 und mehr Soldaten und Polizisten mit Panzern und schweren Waffen in den verschiedenen Städten eingesetzt werden.

Die Türkei ein sicheres „Herkunftsland“? Gerade zu ermuntert von EU und Bundesregierung muss sich der türkische Präsident Erdogan fühlen, den Krieg in den kurdischen Gebieten der Türkei gegen die Zivilbevölkerung weiter zu eskalieren. Hatte doch die Bundeskanzlerin Merkel seinem AKP-Ministerpräsidenten Davutoglu zur „friedlichen Durchführung der Wahlen“ am 1. November gratuliert und gelobt, dass er „die Polarisierung und Spannung in der türkischen Gesellschaft überwinden“ wolle. Die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen zur EU befasst sich pikanter Weise mit den Themenkatalogen „Menschenrechte“ und „Sicherheitslage“ in der Türkei.

Nach den Parlamentswahlen war von Entspannung der Lage nicht die Rede. Erdogan hält an seinem Ziel der Verfassungsänderung mit umfassenden Vollmachten für den Präsidenten fest. Schon längst ist die Bekämpfung der kurdischen Bewegung in den Städten von der Polizei in die Hände des Militärs übergegangen, ja, es kann von Militärrecht in den kurdischen Gebieten gesprochen werden. Auf dem Weg zu einem Militärdiktator verfügen Erdogan und sein AKP-Regime mittlerweile über Spezialeinheiten, die ähnlich

wie die „Jitem“ oder „Hisbullah“ in den 80er und 90er Jahren morden. Die „Löwen Allahs“ – „Esedullah Timle-ri“ – sind die neuen Killertruppen, die den Militär- und Polizeieinheiten den Weg in die Städte freischießen, Oppositionelle entführen oder gezielt umbringen, wie zuletzt den Vorsitzenden der Anwaltskammer von Diyarbakir während einer Friedenskundgebung. In den Medien erklärt Erdogan immer wieder: Die Militäreinsätze werden so lange andauern, bis „die Region, bis jedes Stadtteil von den Terroristen gesäubert ist“. War wochenlang nach den Wahlen in den deutschen Medien nur von den Verhandlungen mit der Türkei über „sichere Außengrenzen“ und dem Verkauf der Flüchtlinge für drei Milliarden Euro die Rede, so dringt jetzt auch der Krieg im Südosten der Türkei wieder in den Medien durch. Von einem Kampf zwischen türkischen Militär und der PKK ist die Rede. Was passiert nun genau in den Städten, warum konzentrieren sich die Militäreinsätze auf die Zentren und nicht wie in den 80er und 90er Jahren auf die ländlichen Gebiete, in denen das bergige Gelände der kurdischen PKK-Guerilla Unterschlupf bietet?

Durch die Zerstörung von fast 4.000 Dörfern und Weilern sowie 10 Städten in den 80er und 90er Jahren verloren drei bis vier Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage und wurden zu Flüchtlingen. Mindestens drei Millionen blieben in der Türkei und zogen in die Städte. So explodierte bspw. die Bevölkerung von Diyarbakir um mehr als das Fünffache von 360.000 auf etwa zwei Millionen. Die Einwohnerzahl von Cizre wuchs von 45.000 auf 250.000. Ähnliches fand in allen anderen kurdischen Städten statt, aber auch im Westen der Türkei. In Istanbul leben heute etwa zwei Millionen Menschen kurdischer Abstammung. Ein großer Teil der Binnenflüchtlinge ist in den Armenvierteln ohne ein gere-



Soldaten in Diyarbakir Sur



Sur: Kurdische Frauen bewaffnen sich

geltes Einkommen gestrandet. Seither sind 20 Jahre vergangen, eine weitere Generation ist nachgewachsen. Auch sie haben wenige berufliche Aussichten und Chancen, da die kurdischen Gebiete immer mehr vom wirtschaftlichen Geschehen der Türkei abgehängt werden. Aus dieser Generation speist sich u.a. der Nachwuchs der PKK-Guerilla. Viele dieser „vergessenen“ Generation haben sich organisiert in der „Patriotischen revolutionären Jugend“ YDG-H, der PKK-Jugendorganisation. Im Juni berichtete ich darüber, dass Diyarbakir eine junge Bevölkerung hat: Allein 750.000 sind unter 18 Jahren und um die 200.000 von ihnen sind in der YDG-H organisiert. In allen kurdischen Städten hat diese Entwicklung in den letzten Jahren stattgefunden. Diese Jugendlichen kämpfen mit ei-



In vielen Orten fanden Solidaritätsdemonstrationen statt wie hier in Karlsruhe

nem hohen politischen Bewusstsein um eine Zukunft und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie sind der eine Träger der kurdischen Bewegung. Hinzu kommt die kurdische Frauenbewegung, in der auch viele Ältere aktiv sind. Diese beiden Bewegungen haben sich zur Selbstverteidigung der Stadtviertel entschlossen, bewaffnen sich und kämpfen aktiv gegen das türkische Militär, die Spezial- und Polizeieinheiten. Sie fordern heute kommunale und regionale Selbstverwaltung und die kurdische Autonomie innerhalb der Türkei.

Davutoglu sagte, die Türkei werde nicht zulassen, dass die PKK „das Feuer“ von Syrien und dem Irak in die Türkei hinein ausbreite (zitiert nach

FAZ, 18.12.) Die PKK-Guerilla ist nicht an den bewaffneten Auseinandersetzungen in den Städten beteiligt. Es sind die zivilen Organisationen, die Widerstand leisten. Die HDP versuchte lange, die Eskalation aufzuhalten und

UNI bekundet Solidarität mit Amazon-Angestellten

UNI Global Union steht voll und ganz hinter den deutschen, französischen und polnischen Beschäftigten bei Amazon, die aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen, gewerkschaftsfeindlicher Maßnahmen des Managements und dessen Dialogverweigerung die Arbeit niederlegen. Alke Boessiger, Leiterin von UNI Global Union Handel, erklärte: „UNI versendet Solidaritätsbotschaften und arbeitet vor Ort eng mit unseren Mitgliedsorganisationen in Deutschland, Frankreich und Polen zusammen. „Amazon CEO Jeff Bezos wird seinen Willen nicht durchsetzen – Arbeitskampfmaßnahmen werden sich in den Amazon-Lagerhäusern so lange weiterverbreiten, bis die Angestellten wie Menschen und nicht wie Roboter behandelt werden und die Möglichkeit haben, kollektiv für faire Beschäftigung und Löhne zu verhandeln. Für Bezos sind Reisen im All offenbar wichtiger als die faire Behandlung der Arbeitskräfte, die ihm zu den Milliarden verhelfen, mit denen er seine wildesten Träume erfüllt. Die Beschäftigten bei Amazon fordern nichts mehr, als eine gerechte Entlohnung für die geleistete Arbeit und respektvolle Behandlung, und das ist sicher nicht zu viel verlangt. Das Management lehnt die legitime Forderung der Arbeitnehmer nach Anerkennung der Gewerkschaft und nach Tarifverhandlungen kategorisch ab, was die Belegschaften zwang, Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen. „Wir werden das Amazon-Modell für die neue Welt der Arbeit nicht akzeptieren – ein Modell, das derzeit von der Europäischen Kommission wegen vermuteter Steuerumgehung unter die Lupe genommen wird, und ein Modell, bei dem rechtmäßige Streiks in Deutschland gebrochen werden, indem

die türkische Regierung zurück zu den Friedensverhandlungen zu bringen. Mit Beginn der Angriffe auf die Städte erklärten viele Bürgermeister und Stadträte, dass sie diesen Staat nicht mehr akzeptierten und zur Selbstverwaltung übergehen werden. 22 Bürgermeister sind daraufhin inhaftiert worden.

Es ist traurig anzusehen, dass wieder so viele Menschen sterben, dass wieder Menschen vor Militär und Diktatur und der Zerstörung ihrer Heimstätten fliehen. Die Waffen von Armee und Polizei kommen fast ausschließlich aus Deutschland. Der Einsatz gegen die Zivilbevölkerung lässt anscheinend Bundeskanzlerin Merkel und ihr Kabinett kalt. Mit dem Beschluss der Beteiligung am Syrienkrieg haben die regierenden Parteien der Türkei grünes Licht dazu gegeben. *Rudolf Bürgel*

das Unternehmen im Widerspruch zu der EU-Gesetzgebung Arbeit in das benachbarte Frankreich oder Polen verlagert.“ In Deutschland werden bereits mehrere Amazon-Lagerhäuser bestreikt, so zum Beispiel diejenigen in Bad Hersfeld, Leipzig, Rheinberg und Werne sowie in Koblenz. In Polen wird das Warenlager in Wroclaw belagert. Und in Saran (Frankreich) werden die Beschäftigten bis Weihnachten jedes Wochenende streiken.

Quelle: <http://uniglobalunion.org>, 30.11.2015

Schweiz: Streik des Genfer Kantonspersonals

Weil sich die Regierung nicht bewegt, haben die Genfer Kantonsangestellten im Dezember eine zweite Streikrunde begonnen. Am Dienstagmittag demonstrierten in den Straßen der Innenstadt erneut mehr als 10000 Direktbetroffene und Solidarische. Das Personal wehrt sich gegen einen einschneidenden Abbau, der mit Stellenstreichungen und einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit um zwei Stunden verbunden sein soll. Auch im Sozialbereich hat die Streikbewegung an Breite gewonnen. Mehr als 300 Beschäftigte aus diesem Bereich haben an einer Versammlung teilgenommen und dabei festgehalten, dass bereits unter heutigen Bedingungen die Qualität im Sozialbereich bedroht ist, die mit weiteren Budgetkürzungen nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Prekär ist die Situation vielerorts auch im Gesundheitswesen. Namentlich am Genfer Universitätsspital HUG. Der Druck auf das Personal hat zugenommen und die Zeitvorgaben für einzelne Pflegehandlungen sind so eng, dass inhumane Zustände herrschen. Das Gewerkschaftskartell und der VPOD fordern weiterhin die Rücknahme des Sparprogramms (fünf Prozent Kür-

zung in drei Jahren). Die Botschaft an den Großen Rat ist klar: Es ist nicht an den Angestellten, Sparvorschläge zu machen. Die Politik muss ihr verfehltes Sparpaket zurückziehen.

Quelle: <http://www.vpod.ch> (Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste), 4.12.15

Schweiz: Rente mit 60 auf dem Bau gesichert

Die Verhandlungen zwischen dem Schweizerischen Baumeisterverband und den Gewerkschaften Unia und Syna haben zum Erfolg geführt. Die Vertragspartner einigten sich auf einen Landesmantelvertrag (LMV) für das Bauhauptgewerbe. Er enthält wenige Anpassungen. Vor allem wird die



Rente mit 60 ohne Leistungsabbau gesichert. Die Delegationen des Schweizerischen Baumeisterverbands und der Gewerkschaften Unia und Syna haben sich am Dienstag in Olten auf einen neuen LMV geeinigt. Der neue Vertrag tritt am 1. Januar 2016 in Kraft und gilt bis Ende 2018. Der LMV enthält neu ein Verbot von Lohnauszahlungen in bar. Die bisherigen Leistungen des LMV bleiben erhalten. Ab 2017 wird zudem die Mittagssessensentschädigung von 15 auf 16 Franken erhöht. Ab 1. Juli 2016 sollen die Beitragszahlungen in die Stiftung für den frühzeitigen Altersrücktritt (FAR) um zwei Prozentpunkte erhöhen werden. Davon übernehmen die Arbeitgeber 1,5 Prozent und die aktiven Arbeitnehmer 0,5 Prozent. Die Bauarbeiter können somit weiterhin mit 60 in Rente gehen. Das Ergebnis der Verhandlungen wird nun den jeweiligen Entscheidungsgremien vorgelegt. Die Berufskonferenzen der Unia und Syna entscheiden am kommenden Samstag, der Schweizerische Baumeisterverband wird am 13. Januar 2016 eine außerordentliche Delegiertenversammlung durchführen.

Quelle: <http://www.unia.ch>, 9.12.2015

Tunesien: Unterstützung für Kampagne Qatar Airways

Houcine Abassi, Träger des Friedensnobelpreises 2015, hat seine Unterstützung für die Beschäftigten von Qatar Airways bekundet, die dafür kämpfen, in ihrem Unternehmen mit Respekt und Würde behandelt zu werden. In einer Rede vor Protestierenden in Oslo (Norwegen) erklärte er: „Ich unterstütze euer Anliegen. Den Beschäftigten bei Qatar Airways müssen Gewerkschaftsrechte zugestanden werden.“ Abassi war in Oslo (Norwegen), um den Preis für den tunesischen Gewerkschaftsdachverband Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT) entgegenzunehmen, dessen Generalsekretär er ist. Der UGTT gehörte dem

„Quartet du dialogue nationale“ an, das den Nobelpreis für seinen Beitrag zur Demokratisierung Tunesiens nach der Revolution von 2011 erhielt. Die Gewerkschaften standen an der Spitze des postrevolutionären Demokratisierungsprozesses in Tunesien und konnten die Menschen zur Unterstützung der neuen verfassungsgebenden Versammlung bewegen. Moncef Ben Romdhane, Generalsekretär der tunesischen Verkehrsgewerkschaft Fédération Nationale des Transports gehörte ebenfalls der UGTT-Delegation an. Romdhane erklärte, dass das Vorgehen von Unternehmen wie Qatar Airways alles Erreichte gefährde: „Die Ausweitung des Geschäfts von Qatar Airways in Tunesien ist eine der größten Bedrohungen der wirtschaftlichen und damit auch demokratischen Stabilität unseres Landes. Die Fluggesellschaft verstößt gegen Beschäftigtenrechte und weigert sich systematisch, Gewerkschaften zu akzeptieren. Auf unserem Weg zur Demokratie haben wir gezeigt, dass Gewerkschaften einen Beitrag zu einer starken Zivilgesellschaft und Wirtschaft leisten können.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 11.12.2015

Libanon: Treffen arabischer Gewerkschafter

Die Privatisierung der Bildung stand im Mittelpunkt des zweitägigen Treffens am 7. und 8. Dezember in Beirut, Libanon, wo sich die Vorsitzenden der Gewerkschaft Education International (EI-IE) der arabischen Länder überregional trafen. Angelo Gavrielatos, EI Projekt-Direktor, präsentiert die globale Antwort der Organisation auf die Privatisierung und Kommerzialisierung in und von der Bildung. In den Workshops konnten die Teilnehmer in Ländergruppen diskutieren, um über Privatisierungstendenzen zu berichten, im Hinblick auf die politischen Veränderungen in der Region, in denen die Regierungen von instabilen Bedingungen profitieren, die sich auf den öffentlichen Sektor, einschließlich öffentlicher Bildungssysteme auszuwirken drohen. Es wurde eine Reihe von Maßnahmen vereinbart, auch auf regionaler Ebene, zusätzlich zu den nationalen Maßnahmen, um auf die Situationen in einzelnen Ländern zu reagieren und zu informieren. Ebenfalls wurden Vorschläge unterbreitet, wie die EI weltweite Kampagnen organisieren kann gegen Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung und wie Initiativen der arabischen Gewerkschaften für den universellen Zugang zu hochwertiger öffentlicher Bildung unterstützt werden können.

Quelle: <http://www.ei-ie.org>, 16.12.2015

Südkorea: Schluss mit Repressionen

Seit ihrer Amtsübernahme im Jahr 2013 hat die Regierung der südkoreanischen Präsidentin Park Guen-hye mehrfach Versuche unternommen, die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu schwächen. So wurden unter anderem Polizeikräfte zur Auflösung von Protestaktionen eingesetzt und Gewerkschaftsführer festgenommen. Die Arbeitnehmer in Südkorea benötigen unsere Unterstützung, um ihre Regierung dazu zu veranlassen, ihre Rechte nicht weiter anzugreifen. Am 17. November führte die Polizei Razzien in acht Gewerkschaftsniederlassungen durch – unter anderem im Büro der BHI-Mitgliedsorganisation, der koreanischen Bauarbeitergewerkschaft KFCITU. Das einzige von ihnen begangene „Verbrechen“ bestand in der Teilnahme an einer Protestaktion gegen einen neuen Gesetzentwurf, der es den Arbeitgebern erleichtert, Arbeitnehmer zu entlassen, Löhne zu kürzen und mehr prekäre Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Bislang sind zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder festgenommen worden. Dazu gehören auch Mitglieder der KFCITU sowie fünf führende Vertreter der Gewerkschaft angeschlossenen Kranführer. Gegen sie

hat eine Kranvermietungsgesellschaft einen Prozess angestrengt, in dessen Rahmen das Unternehmen die Forderung der Gewerkschaft nach Tarifverhandlungen als Bedrohung und Einschüchterungsversuch gegenüber den Arbeitgebern darstellt. Darüber hinaus wurden zwei Mitglieder der koreanischen Anlagenbau-Gewerkschaft KPCWU aufgrund ihrer Teilnahme an der Kundgebung vom 14. November inhaftiert. Das harte Vorgehen gegenüber den Gewerkschaften in Südkorea findet zu einer Zeit statt, in der die Arbeitnehmer starken Deregulierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind. Im Bausektor haben lange Ketten von Subunternehmen und mangelnde Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen zu einer erschreckenden Zunahme von Arbeitsunfällen sowie Arbeitsunfällen mit Todesfolge geführt. In Südkorea sterben durchschnittlich jeden Tag zwei Bauarbeiter an ihrem Arbeitsplatz. Das Recht zur Ausübung ihrer Rechte ist für die südkoreanischen Arbeitnehmer notwendiger als je zuvor.

Quelle: <http://www.bwint.org>, (Bau- und Holzarbeiterinternationale (BHI), 3.12.2015

Australien: Lohnerhöhung für Verkehrsbeschäftigte

Die Geschäftsstelle Victoria der australischen Rail, Tram & Bus Industry Union (RTBU) hat nach Arbeitsk Kampfmaßnahmen im August und September eine 14-prozentige Lohnerhöhung bei Metro Trains Melbourne und Yarra Trams durchgesetzt. Der neue, für die nächsten vier Jahre gültige Kollektivvertrag beinhaltet außerdem eine einmalige Zahlung in Höhe von drei Prozent für den durchgehenden Nachtverkehr ab 2016, verbesserte Konfliktlösungsklauseln und Arbeitsplatzsicherheitsvorgaben. Luba Grigorovitch, Sekretär der RTBU-Geschäftsstelle Victoria, erklärte: „Alles in allem gewährleistet der neue Kollektivvertrag fairere Bedingungen und eine enorm verbesserte Work-Life-Balance für die Metro-Beschäftigten.“ „Wir bedanken uns herzlich bei Mac [Urata] und der ITF sowie allen Verkehrsgewerkschaften für ihre Unterstützung und Solidarität. Sie hat uns gezeigt, dass die Beschäftigten aus jedem Arbeitskonflikt mit Unternehmen oder Regierungen siegreich hervorgehen, wenn sie nur zusammenstehen.“ 98 Prozent der RTBU-Mitglieder stimmten zum ersten Mal nach 18 Jahren für Arbeitsk Kampfmaßnahmen, nachdem die Verhandlungen mit Metro und Yarra ergebnislos abgebrochen worden waren. Das öffentliche Nahverkehrssystem von Melbourne wurde durch vierstündige Arbeitsniederlegungen lahmgelegt, auf die teilweise Arbeitsverbote folgten. Am 4. September marschier-

ten Hunderte von RTBU-Mitgliedern durch Melbourne, woraufhin sich das Unternehmen verhandlungswilliger zeigte.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 11.12.2015

Mexiko: Lexmark – legale Unternehmenswillkür?

Die Lexmark International Inc. ist ein Unternehmen mit weltweit über 13 000 Mitarbeitern, das Drucker, Drucklösungen und Dienstleistungen für geschäftliche und private Anwender anbietet. Lexmark ist außerdem ein führender Anbieter im Bereich MPS (Managed Print Services). Lexmark Inc. erzielte im Jahr 2010 einen Umsatz von 4,19 Milliarden US-Dollar. Seit mehr als einer Woche streiken rund 700 Beschäftigte der Lexmark-Werke in Juarez – für solch selbstverständliche Dinge wie Lohnerhöhungen und verbesserte Arbeitssicherheit. Die meisten der Demonstranten sind Arbeiter, denen so niedrige Löhne gezahlt werden, dass sie ihre Familien nicht mit ausreichend Nahrung, Kleidung und Schulbildung versorgen können, und die ihnen keine Möglichkeit geben, aus der Armut heraus zu kommen. Sowohl die Regierung als Arbeitgeber halten niedrige Löhne als „Wettbewerbsvorteil“, um damit ausländische Geschäftsinteressen zu gewinnen. Die Arbeiter sind in einer unmöglichen Situation gefangen. Die Antwort des Unternehmens: Über 100 Streikende wurden entlassen. Die gewerkschaftsfreien Zonen an der Grenze zu den USA waren eines der Ergebnis der Einführung des NAFTA Abkommens 1994 – und sollten sein und sind ein Lehrbeispiel auch für aktuelle Unternehmensbestrebungen, neue Freihandelszonen einzurichten. Aber statt klein beizugeben hat sich die Lexmark-Belegschaft mit anderen Belegschaften der Zone, die ebenfalls für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen zusammengetan – etwa (immer und überall) Foxconn oder ADC/CommScope – und gemeinsam Demonstrationen und Proteste und Menschenketten vor Fabriken organisiert, was sowohl in Mexiko als auch in den USA wachsende Unterstützung etwa kirchlicher oder progressiver Gruppen erfahren hat. Trotz Sanktionen atmet die Protestbewegung in Mexiko auf, weil sie Perspektiven sieht. Carlos Serrano, der Organisation des Foxconn Widerstands, sagte im November, „Wir sind aufgewacht, weil wir Beschimpfungen, schlechte Behandlung und niedrige Löhne satt haben.“ „Wir wissen nicht wirklich, was jetzt geschieht, und wir stehen vor Unternehmen, die sehr mächtig sind und eine Menge Geld haben“, sagte Serrano. „Aber was klar ist, dass wir weiterkämpfen. Wir werden nicht aufhören.“

Quelle: www.commondreams.org, 15.12.2015

Chile: Kritik an Arbeitsmarktreform

Die von der chilenischen Regierung vorgestellte Arbeitsmarktreform wird von den Gewerkschaften des Landes überwiegend abgelehnt. Am 10. Dezember hatte die Regierung den neuen Entwurf vorgelegt. 200 Gewerkschaftsführer übergaben daraufhin am folgenden Tag einen Brief im chilenischen Regierungspalast, in dem sie die aktuell im Senat diskutierten Arbeitsmarktreformen als unzureichend beanstandeten. Die geplante Reform gliedert sich in zwei Teile: Erstens die Veränderungen, die von dem Arbeitsmarktausschuss des Senats diskutiert wurden und von der Regierung unterstützt werden. Dazu gehören spezielle Abkommen zu Überstunden und zur Funktionsweise des Obersten Rat für Arbeit. Im zweiten Teil wurden die komplexeren Themen dargestellt, wie das Streikrecht oder das Quorum für die Gründung von Gewerkschaften in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Diese Themen sollen bis zum nächsten Dienstag besprochen werden. Die Gewerkschafter kritisieren, dass in der aktuell debattierten Arbeitsmarktreform wichtige Punkte nicht behandelt werden. Dazu gehören die Ausgliederung von Arbeit an Subunternehmen, die Abnahme von Normalarbeitsverhältnissen und Arbeitsplatzsicherheit sowie die Stärkung der Frauenrechte, auch innerhalb der Gewerkschaften. Gewerkschafter befürchten, dass mit dem neuen Recht die grundlegenden Arbeitsrechte ausgehebelt werden können und Arbeitszeitregelung sowie Einhaltung offizieller Feiertage der Willkür der Arbeitgeber unterstehe. Die Regierung sieht für die Zukunft vor, Verhandlungen mit Gewerkschaften nicht mehr allgemein zu führen, sondern mit jeder Sektion einzeln. Das könne zu einer Schwächung der Arbeitnehmer beitragen. Laut Rafael Torres, Gewerkschaftsführer der Zentralen Arbeiterunion (UCT), ist die Folge der aktuellen Arbeitsmarktverhältnisse die Ausnutzung der Arbeitnehmer. Er beanstandete zudem, dass viele Menschen drei oder vier Jobs bräuchten und damit einem hohen arbeitsbedingten Stress ausgeliefert seien. Einige der Gewerkschaften unterstellten, dass diese Reform den 1979 während der Diktatur von José Piñera entwickelten Arbeitsmarktplan Código Laboral umsetzen würde. Der Código Laboral untersagt das Streik- und Verhandlungsrecht der organisierten Arbeiterschaft. Die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer spricht sich für die Ausgestaltung von verschiedenen Arbeitsgruppen aus, welche einen gänzlich neuen Arbeitsmarktplan ausarbeiten sollten.

Quelle: <https://amerika21.de>, 13.12.2015

Flüchtende aufnehmen und Fluchtursachen beseitigen

Für eine zivilgesellschaftliche Plattform wider Abschottung und Fremdenfeindlichkeit.

Flüchtlinge, die an europäischen Bahnhöfen stranden; eilig hochgezogene Stacheldrahtzäune an den Grenzen; extreme soziale Ungleichheit und steigende Gewalt – was hierzulande wie ein Ausnahmezustand erscheint, ist für einen Großteil der Weltbevölkerung längst bittere Normalität. Neu ist, dass Terror und andere Schrecken, denen Menschen im Süden zu entkommen versuchen, mehr und mehr auch mitten in Europa spürbar werden. Wir bekommen eine Ahnung davon, wie sehr die Welt bereits aus den Fugen geraten ist. Die voranschreitende Zerstörung von Lebensbedingungen, der Hass und die Gewalt fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis einer globalen Politik, die bewusst ökonomische Interessen über die Interessen der Menschen stellt. Die dabei in Kauf genommene Ausgrenzung von großen Teilen der Weltbevölkerung zwingt Menschen zur Flucht und heizt die Gewalt an. Sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder hat die soziale Ungleichheit dramatisch zugenommen – als Folge eines ungebremsten Freihandels zu Lasten der Armen, einer die Umwelt zerstörenden Wirtschaftspolitik, durch Rüstungsexporte in Krisengebiete und an diktatorische Regime. Krisen erzeugen Angst; Angst, die sich rechtspopulistische Bewegungen wie Pegida und die AfD zunutze machen. Mit ihrer dumpfen Hetze gegen Flüchtlinge, Medien und gegen ein offenes Europa bedienen sie die Sehnsucht nach nationalen Lösungen, die angeblich Ordnung und Stabilität garantieren könnten.

Doch in Krisen zeigt sich auch Solidarität: Getragen von Mitgefühl und Hilfsbereitschaft ist es Millionen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern gelungen, ein authentisches Zeichen gegen Rassismus und Gewalt zu setzen. Globalisierung darf keine Einbahnstraße sein. Globalisierung und Migration sind zwei Seiten einer Medaille. Wir sollten uns der Herausforderung stellen, dafür zu sorgen, dass aus der Begegnung mit fremden Kulturen auch die Chance auf die Herausbildung neuer weltgesellschaftlicher Verhältnisse erwächst. Dazu bedarf es der Vision einer anderen Gesellschaft, die allen Menschen an allen Orten der Welt Zugang zu adäquaten Lebensbedingungen sichert. Notwendig sind Alternativen zur herrschenden profit- und wachstumsorientierten Ökonomie ebenso wie die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge hier und über alle Grenzen hinweg. Nur so wird dem doppelten Recht, dem Recht zu bleiben und dem Recht zu gehen, zum Durchbruch verholfen. Nur dort, wo ein würdevolles Leben möglich ist,

wo niemand mehr aufgrund von Krieg und sozialer Entwurzelung zur Flucht gezwungen wird, ist auch das Recht auf Freizügigkeit vollkommen. Wir setzen uns für eine starke Willkommenskultur ein und lehnen Lösungen ab, die auf nationale Ausgrenzung und eine gewalttätige Abschottung an den Grenzen Europas setzen. Wir unterstützen das Recht von Menschen zu gehen – ohne Unterscheidung, ob sie vor Krieg, Umweltzerstörung oder Armut fliehen. Wir fordern eine Stärkung des Asylrechts und seine Ergänzung durch ein Migrationsrecht, das sich an den Menschenrechten und nicht am wirtschaftlichen Nutzen orientiert. Wir drängen auf eine Abkehr von der herrschenden Zerstörungsdynamik und engagieren uns für ein solidarisches Europa. – Wir sind viele. Attac Deutschland, Institut Solidarische Moderne, Medico International u.v.m.

www.recht-auf-willkommen.de



Schluss mit der Studiengebühren-Diskussion in Baden-Württemberg

STUTTGART. Das ABS (Aktionsbündnis gegen Studiengebühren) fordert von den Grünen in Baden-Württemberg ein klares Nein zu Studiengebühren für ausländische Studierende. Seit fast drei Jahren diskutieren die Grünen in Baden-Württemberg Studiengebühren für ausländische Studierende. Die Wissenschaftsministerin Theresia Bauer unterstellt den ausländischen Studierenden dort einen mangelnden Inlandsbezug. Daraus folgert sie, dass ausländische Studierende keinen Anspruch auf Gebührenfreiheit besäßen. Der Landesverband der Grünen in Baden-Württemberg hat dem ABS mitgeteilt, dass sie dieses Thema auf dem Wahlprogramm-Parteitag am 12. bis 13.12. 2015 diskutieren wollen. Die baden-württembergische SPD hat sich bereits festgelegt. Ihr geht es dabei um Gerechtigkeit: „Alle Studierwilligen sollen auch in Zukunft in Baden-Württemberg gleiche Chancen auf eine akademische Ausbildung haben – unabhängig von der sozialen Herkunft oder der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern.“ Die SPD als derzeitiger Koalitionspartner der Grünen machte deutlich: „Es wird keinen Rückschritt in Sachen Studiengebühren geben – auch nicht für Studierende, die nicht aus EU-Ländern kommen. Der Zugang zu kostenfreier Bildung darf nicht von der Staatsangehörigkeit abhängen.“ Das ABS begrüßt diese klare Ablehnung der SPD.

„Es ist gut, wenn die Politik erkennt, dass Studiengebühren ungerecht sind.

Für eine echte Chancengleichheit darf Bildung nichts kosten“, so Kurt Stiegler vom ABS. „Jetzt müssen dies nur noch die Grünen einsehen.“ www.abs-bund.de

Pflegereform: Paritätischer begrüßt Pflegegestärkungsgesetz II

BERLIN. Die heute im Bundesrat beratene zweite Stufe der Pflegereform wird vom Paritätischen Wohlfahrtsverband als wichtiger Schritt auf einem guten Weg begrüßt. Dass endlich auch demenziell erkrankte Menschen genauso als hilfebedürftig anerkannt werden wie körperlich Pflegebedürftige sei der große Verdienst dieser Reform. Der Verband appelliert an Pflegekassen und Sozialhilfeträger, nun auch den Weg für eine Finanzierung zusätzlichen Personals in den Pflegeheimen frei zu machen. Nach Angaben des Paritätischen werden künftig allein mindestens 30 000 Pflegekräfte mehr gebraucht, um die neuen gesetzlichen Vorgaben in den Pflegeheimen angemessen umzusetzen. „Die gesetzlichen Neuregelungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zeit, die wir einem Menschen entgegen bringen, das entscheidende Kriterium für gute Pflege ist. Soll dieses gute Gesetz tatsächlich zu einem Erfolg werden, braucht es mehr Ressourcen. Wir brauchen mehr Personal und mehr Geld, um dieses bezahlen zu können“, fordert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Andernfalls drohten insbesondere im vollstationären Bereich Verschlechterungen in der Versorgung“, so Schneider. Nach überschlägigen Rechnungen des Paritätischen werden mindestens 30 000 Menschen mehr gebraucht, um die neuen gesetzlichen Vorgaben und den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff in den Pflegeheimen angemessen umzusetzen. „Dass immer mehr Menschen mit höherer Pflegebedürftigkeit und vor allem auch mehr Menschen mit Demenz und damit höherem Betreuungsbedarf in den Heimen leben, wird bisher bei den Personalschlüsseln überhaupt nicht angemessen berücksichtigt“, kritisiert Schneider. Das Problem werde sich mit dem Pflegegestärkungsgesetz II noch verschärfen, wenn Sozialhilfeträger und Pflegekassen jetzt nicht mitzögen und keine Aufstockung des Personals durch entsprechende Refinanzierung ermöglichen. Im Zweifel sei hier eine gesetzliche Lösung erforderlich, so Schneider: „Nach der Reform ist vor der Reform. Wir sind auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel.“ www.der-paritaetische.de

NGOs begrüßen Einigung zu Finanztransaktionssteuer

BERLIN. Kampagne Steuer gegen Armut hält Kompromiss nicht für ideal, aber akzeptabel. Weitere Verwässerungen müssen verhindert und Einnahmen

auch für Umwelt und Entwicklung verwendet werden. „Wir begrüßen die Grundsatzvereinbarung zur Finanztransaktionssteuer, die zehn EU-Mitgliedsländer heute in Brüssel erzielt haben, erklärte der Sprecher der Kampagne Steuer gegen Armut, Detlev von Larcher. „Die vereinbarten Eckpunkte sind zwar nicht unsere Idealvorstellung, aber ein akzeptabler Kompromiss“. Die Tatsache, dass Estland sich vorläufig nicht mehr an dem Projekt beteiligt, sei zu verschmerzen, sagte Larcher. „Wir hätten uns gewünscht, dass es keine Ausnahmeregelungen gibt, aber sieben Jahre nach der Finanzkrise sind der Einfluss der Finanzlobby und die Willfährigkeit vieler Regierungen gegenüber deren Forderungen wieder so groß, dass die Reformblockaden sehr stark sind“, so von Larcher weiter. Jetzt komme es darauf an, bei den noch offenen Fragen – das ist vor allem die Höhe des Steuersatzes, der Umgang mit Pensionsfonds – weitere Versuche zur Verwässerung zu verhindern. Als positiv bewertet die Kampagne, dass der Versuch, Derivate generell von der Steuer auszunehmen, sich nicht durchgesetzt hat und jetzt nur noch Papiere, die in direktem Bezug zur Staatsfinan-

zierung stehen, besonders berücksichtigt werden sollen. Ebenfalls positiv sei, dass sowohl Käufer wie Verkäufer zur Kasse gebeten werden. Auch dass jede einzelne Transaktion und nicht nur der Nettobetrag bei Geschäftsschluss besteuert wird, sei zu begrüßen. Schwächen der Vereinbarung sind nach Auffassung der Kampagne, dass:

- Devisentransaktionen generell nicht erfasst werden,
- Ausnahmen für Market Making vorgesehen sind, und damit Missbrauch Tür und Tor geöffnet sind, wenn es nicht zu einer sehr engen Definition von Market Making kommt,
- der Handel mit Staatsanleihen von der FTS ausgenommen werden soll.

„Außerdem wollen wir ein klares Signal, dass ein Teil der Einnahmen für die Finanzierung von Umwelt, Entwicklung und sozialer Aufgaben, wie Jugend Arbeitslosigkeit verwendet werden“, forderte Tobias Hauschild, Vertreter von Oxfam in der Kampagne. Die Klimaverhandlungen in Paris seien die beste Gelegenheit, sich einem entsprechenden Vorschlag Frankreichs anzuschließen. **Die Kampagne Steuer gegen Armut wird von 99 Organisationen getragen, darunter WEED, der DGB, Brot für die Welt, Attac und Misereor.**

Um der Mode willen: Multinationale Modemarken billigen Ohnmachtsanfälle von Arbeiter_innen

BIELEFELD. Heute, am internationalen Tag der Menschenrechte, schließt sich das Netzwerk der Clean Clothes Campaign (CCC) dem globalen Aufruf mit der Forderung nach US\$ 177 im Monat an. Multinationale Modemarken wie H&M, Levi's und Co werden aufgefordert, sicherzustellen, dass Arbeiter_innen in Kambodscha US\$ 177 im Monat verdienen. Für die kambodschanischen Arbeiter_innen wäre das ein erster Schritt hin zu einem Existenzlohn. Außerdem unterstützt die CCC die kambodschanische Gewerkschaftskoalition in ihrer Forderung an die Nationalversammlung des Landes, einen umstrittenen Gesetzesentwurf über Gewerkschaftsrechte nicht zu verabschieden, solange keine ernsthafte Konsultation der Zivilbevölkerung und der Gewerkschaften dazu stattgefunden hat. Heute werden Modegeschäfte von H&M, adidas und Co gezielt durch Straßenaktionen in den USA, Europa und Asien adressiert. In Kambodscha gehen tausende Arbeiter_innen einer Koalition aus acht Gewerkschaften auf die Straße. Sie tragen Anstecker mit der Botschaft: „We need a living wage!“ oder „\$177“. In Dresden wird am Nachmittag (gegen 16 bis 17.30 Uhr) eine Aktion auf der Prager Straße in Höhe der Centrum Galerie statt finden. Trotz des Einspruchs einiger Gewerkschaften, stimmte der Labour Advisory Council (LAC), ein dreigliedriges Gremium, im Ok-

tober für einen neuen Mindestlohn von US\$ 140, der ab Januar 2016 für 700 000 Arbeiter_innen der Bekleidungsindustrie eingeführt werden soll. Diese unzureichende Lohnerhöhung von lediglich US\$ 12 ist ein Schlag ins Gesicht für Arbeiter_innen, die sich seit über einem Jahr für einen fairen Mindestlohn von US\$ 177 einsetzen. In jüngster Vergangenheit kam es in Kambodscha erneut zu einer Welle von Ohnmachtsanfällen in Fabriken der Bekleidungsindustrie. Im August 2015 fielen in vier Fabriken Kambodschas fast 400 Arbeiter_innen in Ohnmacht. Allein am 2. Juli verloren 38 Arbeiter_innen ihr Bewusstsein in einer Fabrik der Hauptstadt. 2014 kollabierten mehr als 1.800 Arbeiter_innen in 24 Fabriken Kambodschas. Diese Ohnmachtsanfälle wurden in Verbindung gebracht mit Mangelernährung, hoher Zielmargen und überlangen Arbeitszeiten infolge von Niedriglöhnen und dem Kampf ums Überleben.

www.saubere-kleidung.de



Offener Brief

an NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft anlässlich ihrer Kolumbienreise. Opfern Sie Menschenrechte und Klimaschutz nicht den Wirtschaftsinteressen!

Sehr geehrte Frau Kraft, zu Ihren Äußerungen während Ihrer Kolumbienreise vom 25. – 27. November möchten wir Ihnen unseren Widerspruch und massive Kritik mitteilen. Die Reise in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation aus NRW mit mittelständischen Unternehmer/innen, Professor/innen, aber auch Manager/innen von Konzernen wie Steag, Aurubis oder ThyssenKrupp hatte insbesondere den Zweck der Wirtschaftsförderung – so ist der offiziellen Ankündigung Ihrer Staatskanzlei zu entnehmen. Aus der „Rheinischen Post“ vom 30.11.2015 erfuhr wir, dass Sie bei einem Gespräch zum Thema Kohle von Gewerkschafter/innen und Menschenrechtsaktivist/innen über massive Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Steinkohleförderung informiert wurden. Darauf reagierten Sie lediglich knapp: „Ich kann das nicht bewerten, die Menschenrechtsfragen müssen vor allem hier vor Ort geklärt werden.“ Dann gingen Sie ohne Umschweife dazu über, die deutsche Bergbau-Technologie zu bewerben. (RP, 30.11.2015) Die hier unterzeichnenden Organisationen engagieren sich seit vielen Jahren für Klimaschutz und/oder Menschenrechte. In Kolumbien ist die Situation der Menschenrechte weiterhin gravierend. Gerade auch im Umfeld des Kohlebergbaus werden die Rechte der lokalen Bevölkerung vielfach missachtet und Umweltstandards verletzt, mit gravierenden Auswirkungen für die betroffenen Menschen. Für Gewerkschafter/innen ist Kolumbien weltweit eines der gefährlichsten Länder. Der kolumbianische Staat wird seiner Verantwortung, die Menschenrechte der Bevölkerung zu garantieren, nicht gerecht. Seine Organe sind sogar selbst immer wieder in massive Menschenrechtsverletzungen verwickelt. Die Verbesserung der Menschenrechtssituation einzufordern – beispielsweise bei Ihrem Gespräch mit Präsident Santos – sollte aus unserer Sicht bei jedem Besuch von Kolumbien selbstverständlich dazugehören. Die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger/innen und Umweltschützer/innen ist in Kolumbien lebensgefährlich. Ohne internationalen Rückhalt sind sie schutzlos ... Daher fordern wir Sie auf:

- Setzen Sie sich energisch für die Menschen- und Umweltrechte der Menschen in Kolumbien ein, insbesondere für die der von Bergbau betroffenen Bevölkerung und der darin Beschäftigten. Nehmen Sie dabei auch deutsche Unternehmen in die Verantwortung.
- Tragen Sie konsequent zum Klimaschutz und deshalb auch zum baldigen Ausstieg aus der Kohleförderung und -Verstromung bei. Fördern Sie erneuerbare Energien in Deutschland wie im Ausland.

www.kritischeaktionen.de

Der Mensch hinter der Zahl: Was das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz Flüchtlingen antut

Seit der Bundestag mit den Stimmen von CDU und SPD Ende Oktober das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ verabschiedet hat, hat sich auch in Köln für Flüchtlinge vieles zum Schlechteren gewandelt. So wurde z.B. die Aufenthaltsdauer in Aufnahmeeinrichtungen auf bis zu sechs Monate ausgedehnt. In Köln ist die Notunterkunft des Landes in Chorweiler betroffen. Dadurch wird die Integration der Geflüchteten noch weiter verzögert. In den Aufnahmeeinrichtungen gelten u.a. ein Arbeits- und Ausbildungsverbot. D. h. Kinder unterliegen dort nicht der Schulpflicht und kommen somit in den Kommunen sehr viel später in die Schule.

Die Festlegung der Staaten Albanien, Kosovo und Montenegro als „sichere Herkunftsländer“ erweist sich in der Praxis sofort als unmenschliche Mogelpackung. Familie B., Eheleute und vier Kinder, Angehörige der Roma-Minderheit, floh aus dem Kosovo, da sowohl der Ehemann als auch die Ehefrau mehrfachen Übergriffen und Bedrohungen seitens der albanischen Nachbarschaft ausgesetzt waren. In einem Fall wurde dem Ehemann ins Gesicht geschlagen, so dass er mangels rechtzeitiger medizinischer Hilfe auf einem Auge nur noch 20 % Sehfähigkeit besitzt. Beide Eheleute waren im Kosovo als Tagelöhner tätig. Den schulpflichtigen Kindern wurde zudem der Schulbesuch verweigert. Der Asylantrag wurde in einem Schnellverfahren als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Die Regelvermutung, dass der Kosovo „sicher“ ist, konnte nicht widerlegt werden. Die aufschiebende Wirkung der Klage wur-

de vom Verwaltungsgericht abgelehnt. Die Familie kann jederzeit abgeschoben werden.

Die Möglichkeit, sich gegen Abschiebungen zu wehren, wurde mit dem neuen Gesetz stark eingeschränkt. Flüchtlingen aus „sicheren Herkunftsländern“ müssen teilweise bis zur Abschiebung in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. A. aus Albanien kam Anfang 2015 nach Deutschland und stellte einen Asylantrag. Grund: Angst vor Blutrache. Der Asylantrag wurde als „offensichtlich unbegründet“ bestandskräftig abgelehnt. A. wurde nicht in eine Kommune zugewiesen, sondern in der „Ausreiseeinrichtung“ des Landes NRW in Bonn-Bad Godesberg untergebracht. Aus Angst vor Abschiebung ist A. untergetaucht.

Abschiebungen können nun auch ohne Ankündigung stattfinden. Familie B. aus Serbien – Eheleute und zwei minderjährige Kinder – leben seit über vier Jahren im Bundesgebiet. Ihr Asylantrag wurde als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Die Ehefrau ist psychisch schwer krank und wird psychiatrisch-psychotherapeutisch behandelt. Der Ehemann ist erwerbstätig. Trotzdem: Aus Angst vor Abschiebung ohne vorherige Ankündigung schläft die Familie zeitweise außer Haus.

Die Leistungen nach dem AsylbLG, nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts das „menschenwürdige Existenzminimum“, dürfen nun gekürzt werden.

Ab dem Tag nach dem angeordneten Ausreisetermin, bei „Dublin-Fällen“ und wenn die Abschiebung „selbstverschuldet“ nicht durchgeführt werden



Am Internationalen Tag der Menschenrechte protestierten in Köln über 1000 Menschen gegen eine Aushöhlung des Asylrechts durch die Bundesregierung. Figen Maleki, Stellvertretende Vorsitzende des Integrationsrats (Linke Internationale Liste), mahnte auf der Kundgebung: „Mit der Verschärfung des Asylrechts will Deutschland sich abschotten. Die Botschaft lautet: Es reicht! Wir haben genug Flüchtlinge aufgenommen. Damit kommt die Politik rechtsextremen Forderungen und rassistischen Parolen entgegen. Das darf nicht sein. Es wird auch nicht funktionieren.“

Foto: Hans-Dieter Hey / r-mediabase

kann, werden nur noch Ernährung und Unterkunft gewährt: Keine Krankenhilfe, kein „Taschengeldbetrag“, keine Bekleidungshilfe: Viele Familien und Einzelpersonen sind betroffen!

Auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden schlechter gestellt. Zwei Kinder aus dem Irak, 13 und 14 Jahre alt, wurden in unserer Asylverfahrensberatungsstelle in Köln-Chorweiler als solche identifiziert. Die bei-

Köln-Pass weiter ausbauen

Mit großer Mehrheit wurde im Ausschuss für Soziales und Senioren ein Prüfantrag verabschiedet, der auf einen Antrag der Linken zurückgeht. Neben der Linken lassen nun auch SPD, Grüne und CDU von der Verwaltung prüfen, inwieweit die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) das ermäßigte MobilPass-Monatsticket für Köln-Pass-Inhaber auch im Abonnement anbieten können. Die Linke freut sich über die Möglichkeit, noch mehr Service im Köln-Pass unterzubringen. Ein Abonnement bringt nicht nur eine kleine Erleichterung des ohnehin stressigen Alltags. Mit Einführung der Chipkarte für Köln-Pass-Besitzer könnten diese auch zusätzliche Leistungen wie die KVB-Leihfahrräder nutzen, inklusive der kostenlosen ersten halben Stunde.

Mindestens genauso wichtig ist der

günstigere Preis des Abo-Tickets. Bleibt der VRS bei seiner Preissystematik, würde der MobilPass im Abonnement um 1,70 Euro billiger als die alte Köln-Pass-Monatskarte. Trotzdem wäre der neue Preis von 32,20 Euro immer noch deutlich höher als der im ALG II-Satz vorgesehene Betrag von 25,14 Euro. Darauf wiesen die Wohlfahrtsverbände in der Sitzung hin. Das zu verändern und an den im Regelsatz enthaltenen Beitrag für Mobilität anzupassen bleibt langfristiges unser Ziel.

Eine Stellungnahme der Verwaltung hat bereits ergeben, dass „dieser Ansatz je nach Ausgestaltung kostendeckend ohne weiteren Finanzierungsbedarf umgesetzt werden“ kann. Allerdings wäre die notwendige Zustimmung des Verkehrsverbunds Rhein-Sieg (VRS), so die Einschätzung der KVB, an den Wegfall der städtischen Subvention für das

MobilPass-Ticket gebunden.

Diese Forderung bleibt nicht ohne Widerspruch seitens der Linken. Kein einziges MobilPass-Ticket darf teurer werden! Bisher gibt es einen Konsens im Rat über den städtischen Zuschuss. Für seinen Erhalt sollten wir gemeinsam kämpfen. Dieses Geld darf nicht im allgemeinen Haushalt verschwinden, sondern muss den Köln-Pass-Besitzern erhalten bleiben. Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken von Erwerbslosen und Geringverdienern wird es mit der Linken nicht geben!

Auf Initiative der Linken wird jetzt auch geprüft, wie der Berechtigtenkreis auf Geringverdiener bis zu 140 % der Höhe der Sozialleistungen ausgedehnt werden kann. Bei den Mieten in Köln ist das längst überfällig.

Jörg Detjen, Andrea Kostolnik

den Kinder befinden sich in Begleitung ihrer volljährigen Schwester. Das Kölner Jugendamt lehnte die vorläufige Inobhutnahme ab. Mündliche Begründung: Die Kinder würden sowieso bald woanders hinkommen. Eine Asylantragstellung der Kinder ist unmöglich, da sie keinen Vormund haben.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge leben in der Stadt Köln zu einem großen Teil nicht mehr in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, sondern in Massenunterkünften, Turnhallen und Containern. Das ist klar ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention und die Aufnahmerichtlinie der EU.

Der 17-jährige M., eritreischer Staatsangehöriger, reiste Anfang Oktober 2015 zusammen mit zwei minderjährigen Freunden als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling ins Bundesgebiet ein. Während seine Freunde vom Jugendamt der Stadt Köln in Obhut genommen und in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht wurden, ist M. der Herkulesstrasse zugewiesen worden. Dort lebt er – ohne Jugendhilfe, ohne Vormund – nur mit einem „Bewohnerausweis“. Am 1.12.2015 suchte das Jugendamt erstmals den Jugendlichen auf – allerdings ohne, dass M. in Obhut genommen wurde. Eine Asylantragstellung des Jugendlichen ist unmöglich, da er keinen Vormund hat. Auch eine Registrierung durch die Ausländerbehörde fand nicht statt. Zurzeit wird der Gang des Jugendlichen zum Amtsgericht vorbereitet.

Das Asylpaket II ist momentan in Arbeit. Es enthält weitere einschneidende Regelungen für Flüchtlinge und soll Anfang 2016 in Kraft treten.

Claus-Ulrich Prölß / Köln



Friedensplenum Mannheim übergibt 700 Unterschriften an Oberbürgermeister Peter Kurz

Weitere Nutzung des Coleman-Areals für zivile statt für militärische Zwecke! Mannheim darf nicht zur Drehscheibe kommender Kriege werden! Heute (8. Dezember, die Red.) übergeben Vertreter des Friedensplenum Mannheim einen Appell mit 700 Unterschriften an Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz. Der Appell wird auch an die Vertreter des Gemeinderats und an die Mannheimer Bundes- und Landtagsabgeordneten weitergeleitet. Die Unterzeichner wenden sich dagegen, die Coleman-Kaserne in Mannheim-Sandhofen, nun doch nicht wie zugesagt freizugeben für eine zivile Nutzung. Stattdessen werden die Kaserne und das 210 ha große Gelände

weiterhin von der US-Army militärisch genutzt. Auf Coleman lagern zurzeit 250 Panzer und rund 1000 Militärfahrzeuge und werden einsatzbereit gewartet. Sie werden nach Angaben der US-Army für einen möglichen Einsatz in Osteuropa in einem möglichen Krieg gegen Russland vorbereitet. Die Unterzeichner fordern deshalb: „Mannheim darf nicht zur Drehscheibe für kommende Kriege werden“. „Stadt, Land und Bund sollen sich für die Freigabe der Coleman-Kaserne einsetzen. Wir brauchen das Gelände nicht als Waffenlager sondern für eine sinnvolle Stadtentwicklung, wie sie im Beteiligungsprozess (der Stadt Mannheim) erarbeitet wurde.“

Pressemitteilung des Friedensplenum Mannheim, 8. Dezember 2015

Zwanzig Jahre Bürgerbegehren in Bayern

Anlässlich des ersten Bürgerentscheids vor 20 Jahren legt Mehr Demokratie Bayern seinen neuen Bürgerbegehrensbericht vor. Hierfür wurden sämtliche Verfahren archiviert und ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen: Die Bürger gestalten aktiv mit. – Heute vor 20 Jahren fand in Waldsassen (Oberpfalz) der erste Bürgerentscheid in Bayern statt. Die Aufregung war damals groß. Gerade nachdem am 1. Oktober 1995 das Gesetz zum kommunalen Bürgerentscheid per Volksentscheid durchgesetzt worden war, zeichneten die Gegner/innen düstere Zukunftsvisionen. Mittlerweile hat sich in Bayern einiges getan. Es kam zu mehr als 2.200 Bürgerbegehren und 1.600 Bürgerentscheiden. Die direkte Demokratie ist also im kommunalpolitischen Alltag angekommen. Leider gibt es keine öffentliche Archivierung und Auswertung der Bürgerbegehren. Daher hat Mehr Demokratie diese Aufgabe zusammen mit der Philipps-Universität Marburg und der Bergischen Universität Wuppertal übernommen.

Eine Zusammenfassung unseres Berichts:

Unsere Fragestellungen:

- Wie entwickelt sich die direkte Demokratie auf der kommunalen Ebene?
- Wie häufig und zu welchen Themen kam es in den einzelnen Bundesländern zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden?
- Zu welchen Ergebnissen führten Bürgerbegehren und Bürgerentscheide?
- Wie wirken sich die gesetzlichen Regelungen in den einzelnen Ländern auf die Praxis aus?

- Wie ist es zu erklären, dass relativ viele Bürgerbegehren scheitern?
- Welche Rolle spielen die von oben (durch Gemeinderäte) initiierten Ratsreferenden?

Ergebnisse im Überblick:

- Bayernweit 2.676 Verfahren auf kommunaler Ebene vom 1. November 1995 (Einführung per Volksentscheid) bis zum 31.10. 2015.
- Davon 2.220 von unten (durch Bürgerbegehren) und 456 von oben (durch den Gemeinderat) initiierte Ratsreferenden.

rinnen und Bürger per Unterschriftensammlung) angestoßene Bürgerbegehren und 456 von oben (durch den Gemeinderat) initiierte Ratsreferenden.

- In 1.629 Fällen kam es zu einem Bürgerentscheid.
- Bayern ist damit weiterhin bundesweiter Spitzenreiter: 40 Prozent aller Verfahren fanden in Bayern statt (Stand 2014).
- Die meisten Verfahren fanden in den Jahren 1996 – 1998 statt (Themenstau). Danach pendelte es sich auf ein Mittel von 100 – 130 Verfahren pro Jahr ein.
- 16,4 Prozent aller von unten initiierten Bürgerbegehren (364 von 2.220) wurden für unzulässig erklärt. Damit hat Bayern bundesweit den niedrigsten Anteil an unzulässigen Bürgerbegehren.
- 43 Prozent aller abgeschlossenen Verfahren waren erfolgreich im Sinne der Vorlage (bei Ratsreferenden im Sinne des Gemeinderats, bei Bürgerbegehren im Sinne der Initiative). Dafür musste nicht zwingend ein Bürgerentscheid stattfinden. In 329 Fällen etwa wur-

de ein entsprechender Beschluss des Gemeinderates ohne Bürgerentscheid erreicht.

- Betrachtet man nur die Abstimmungen, waren von den durch Bürgerbegehren ausgelösten Bürgerentscheiden 48,3 Prozent erfolgreich. Von oben angestoßene Ratsreferenden hatten eine marginal höhere Erfolgsquote von 48,9 Prozent.
- 7,9 Prozent aller Bürgerentscheide scheiterten unecht: Obwohl die Vorlage die Mehrheit der Stimmen erhielt, war die Entscheidung ungültig, da das Zustimmungsquorum nicht erreicht wurde.
- Durchschnittlich beteiligten sich 52,2 Prozent der Abstimmungsberechtigten an den Abstimmungen der letzten 20 Jahre. Zur Auswertung wurden 1.612 Bürgerentscheide von 1995 bis 2015 herangezogen.

Spitzenreiter

- Oberbayern mit 935 Verfahren (Bürgerbegehren und Ratsreferenden), Schwaben mit 416 Verfahren und Unterfranken mit 334 Verfahren. Schlusslicht ist Niederbayern mit nur 225 Verfahren.
- In Bayern finden im Durchschnitt 134 Verfahren pro Jahr statt, alleine 48 pro Jahr im Schnitt in Oberbayern. Zurückzuführen ist der Unterschied zwischen den Bezirken überwiegend auf die Anzahl der Gemeinden (500 in Oberbayern, 340 in Schwaben)
- Gemeinden mit den meisten Bürgerbegehren und Ratsreferenden: Augsburg (28 Verfahren / 7 Bürgerentscheide), München (27 Verfahren / 10 Bürgerentscheide), Regensburg (19 Verfahren / 11 Bürgerentscheide) und Passau (19 Verfahren / 8 Bürgerentscheide).
- Die meisten Abstimmungen gab es in Landsberg am Lech (15 Bürgerentscheide), Coburg (14 Bürgerentscheide) und Oberammergau (12 Bürgerentscheide).
- Durchschnittlich erlebt eine bayerische Gemeinde alle 16 Jahre ein Bürgerbegehren oder ein Ratsreferendum, ein Landkreis alle 23 Jahre. Damit liegt Bayern mal nicht an der Spitze: in NRW kommt es in einer Gemeinde durchschnittlich alle 13 Jahre zu einem Bürgerbegehren oder Ratsreferendum. Am häufigsten kommt es in den Bezirken Hamburgs und Berlin zu einem Verfahren).

Themenschwerpunkte

- Die thematischen Schwerpunkte bilden Wirtschaftsprojekte mit 24,5 Prozent, Verkehrsprojekte mit 21,4 Prozent, öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen mit 14,1 Prozent sowie öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen mit 13,6 Prozent.

Erfolge und Misserfolge

- 43 Prozent aller abgeschlossenen Verfahren waren erfolgreich im Sinne der Vorlage.
- In gut 48 Prozent aller Fälle fiel der Bürgerentscheid zu Gunsten der Vorlage des Bürgerbegehrens bzw. des Ratsreferendums aus.
- In 12,5 Prozent aller Fälle wurde das Bürgerbegehren durch einen positiven Beschluss des Gemeinderates erledigt.
- 16,4 Prozent der von unten initiierten Bürgerbegehren wurden für unzulässig erklärt. Die häufigsten Gründe für die Unzulässigkeit waren Formfehler (Bspw. Formulierung der Fragestellung)
- Des Weiteren scheiterten 7,9 Prozent der Bürgerentscheide am 1. April 1999 eingeführten Zustimmungsquorum, d.h. sie erhielten zwar die Mehrheit der Stimmen, konnten das geforderte Quorum aber nicht überspringen.

Spezialthema: Ratsreferenden

- Ratsreferenden werden in Bayern mit einfacher Mehrheit im Gemeinderat beschlossen (seit 1999) und orientieren sich an den Bestimmungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.
- Der Gemeinderat kann Ratsreferenden selbst initiieren oder diese einem Bürgerbegehren entgegenstellen. Es kommt dann zu einem Stichentscheid zwischen den beiden Vorschlägen.
- Ratsreferenden machen in Bayern 27,1 Prozent der kommunalen Abstimmungen aus.
- Gründe für das Ansetzen von Ratsreferenden: Reaktion auf Bürgerbegehren, Reaktion auf öffentliche Debatten, Wunsch nach politischer Signalwirkung, Notwendigkeit der Streit-schlichtung.
- In 139 Fällen waren die Ratsreferenden vom Gemeinderat selbst initiiert, in 303 Fällen waren sie ein Gegenvorschlag des Rates zu einem Bürgerbegehren (damit wurde bei jedem vierten Bürgerbegehren ein Gegenvorschlag mit zur Abstimmung gestellt).
- Gegenvorschläge zu Bürgerbegehren boten in 52 Prozent der untersuchten Fälle keine Alternativen, sondern kehrten die Frage des Bürgerbegehrens lediglich um. Weitere 28,8 Prozent waren zumindest bedingt sinnvoll, da sie die Abstimmungsfrage inhaltlich modifizierten oder erweiterten. Lediglich 17,8 Prozent stellten eine echte Alternative zur Wahl.
- Bei selbstinitiierten Ratsreferenden folgten knapp 60 Prozent der Abstimmenden der Gemeinderatsposition.
- Bei Ratsreferenden als Gegenvorschläge lag die Erfolgsquote bei 49,5 Prozent. Wurde die Frage lediglich inhaltlich umgekehrt, scheiterten 51,7 Prozent, bot der Gegenvorschlag eine echte Alternative, lag die Quote bei exakt 50,0%

<http://bayern.mehr-demokratie.de> | 15.12.15

HVV-Zwangsticket für Flüchtlinge ist

faktische Kürzung: HAMBURG. Mit der neuen verbindlichen HVV-Monatskarte für Flüchtlinge in der Zentralen Erstaufnahme geht der Senat entgegen seiner anderslautenden Zusagen zur Ersetzung von Geld- durch Sachleistungen über. Für die Flüchtlinge bringt die verbindliche Monatskarte keineswegs nur Vorteile. „Es gibt dabei vor allem zwei Probleme“, erklärt dazu Christiane Schneider, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Die erzwungenen Ausgaben für die Monatskarte in Höhe von 29 Euro übersteigen die Möglichkeiten der Flüchtlinge. Im so genannten Taschengeld, das für Alleinstehende ab 1. Januar 145 Euro und für zwei Erwachsene/Haushalt 131 Euro beträgt, sind nur 25,15 Euro für Mobilitätskosten eingerechnet. Jeder Cent, der ihnen zusätzlich abgezogen wird, bedeutet zwangsweise Einschränkungen bei anderen dringend notwendigen persönlichen Bedarfen. Die zwangsweise Monatskarte kommt so einer Kürzung des Taschengelds gleich.“ Den Kindern ab sechs Jahren (mit monatlich 93,50 Euro) und Jugendlichen (monatlich 86 Euro) sollen 14,50 Euro abgezogen werden. „Ein weiteres Problem ist, dass bei weitem nicht alle Flüchtlinge die Monatskarte ausschöpfen können“, kritisiert Schneider. „Viele Flüchtlinge, die schwer traumatisiert hier ankommen, finden gerade in den ersten Monaten kaum die Kraft, auch nur die allernotwendigsten Fahrten etwa zum Arzt zu erledigen, geschweige denn ‚Hamburg zu erkunden‘. Für sie kommt die verbindliche Monatskarte einer Zwangsabgabe gleich.“ Die Links-Fraktion fordert daher für Flüchtlinge in der Erstunterbringung freie Fahrt im HVV und ein Sozialticket, das den Namen verdient. www.die-linke-hamburg.de

Konzentration auf dem Wohnungsmarkt: Stadt muss selbst Sozialwohnbau bauen!

BOCHUM. In der Wohnungswirtschaft schreitet die Zentralisierung weiter voran. Anlässlich der bevorstehenden Übernahme des zweitgrößten Wohnungsunternehmens Deutsche Wohnen AG (DeuWo) durch die in Bochum ansässige Vonovia fordert die Bochumer Linksfraktion: Die Stadt Bochum muss beim sozialen Wohnungsbau endlich selbst Verantwortung übernehmen! Der in Bochum ansässige größte deutsche Wohnungskonzern Vonovia (ehemals Deutsche Annington) steht seit längerem wegen undurchsichtigen und überhöhten Nebenkostenabrechnungen, hohen Mietsteigerungen nach Standardsanierungen sowie Dumping-Löhnen bei Drittfirmen in der Kritik. „Insbesondere den sozialen Wohnungsbau darf die Stadt nicht weiterhin hauptsächlich privaten

Unternehmen überlassen“, sagt Gül-taze Aksevi, Bochumer Ratsmitglied der Linken. „In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Bochum halbiert. Dieses Politikversagen ist mit ein Grund dafür, dass die Stadt aktuell viele Geflüchtete nicht menschenwürdig unterbringt. Das Land NRW stellt günstige Kredite für den dringend benötigten sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Wir fordern, dass die Stadt diese Förderung in Anspruch nimmt und selbst massiv Sozialwohnungen baut. Wohnungen in kommunalem Eigentum sorgen dafür, dass die Fördermittel für das Gemeinwohl genutzt werden, anstatt damit Profite von privaten Konzernen zu steigern. Die Stadt könnte selbst bestimmen, wie die soziale Infrastruktur in Bochum gestärkt wird. Auch die Belegung der Wohnungen könnte sie selbst steuern. Wenn so eine Wohnungsbau-Offensive mit dem halbstädtischem Tochterunternehmen VBW nicht möglich ist, müssen wir hier über neue Strukturen nachdenken.“ <http://www.dielinke-bochum.de>

Linke & Piraten kritisieren Verteuerung des Sozialtickets: DORTMUND. Das Sozialticket – die verbilligte Fahrkarte für wirtschaftlich benachteiligte Menschen – wird nochmals um 2,80 Euro teurer. Der Preis steigt im April 2016 auf 34,75 Euro im Monat an. Diese Erhöhung hat am Freitag der VRR-Aufsichtsrat beschlossen. Diese schlechte Nachricht überbrachte Christian Gebel, der Vertreter der Dortmunder Fraktion Die Linke & Piraten in der Verbandsversammlung des VRR-Zweckverbandes, der im zuständigen Fachausschuss als Einziger gegen diesen Beschluss gestimmt hat. Christian Gebel: „Neben der reinen Erhöhung des Sozialtickets wird es zum Jahresbeginn 2016 auch noch die fast schon klassische Fahrpreiserhöhung geben, die die Sozialticket-Besitzer noch zusätzlich entrichten müssen. Schon damit steigt der aktuelle Sozialticket-Preis von derzeit 30,90 Euro um 1,05 Euro.“ Die Zeiten vor 2010, als wirtschaftlich benachteiligte Dortmunderinnen und Dortmunder nur 15 Euro monatlich für ihr Sozialticket zahlen mussten, sind vorbei. Damals waren für das Sozialticket die DSW21 zuständig – und die Zahl der Abnehmer war mit 28 000 mehr als dreimal so hoch wie heute. www.dielinke-dortmund.de

Auf dem Weg zu sozialen und ökologischen Finanzanlagen: KÖLN. Mehr als 800 Millionen Euro hält die Stadt Köln in Finanzanlagen. Der Großteil hiervon, etwa 700 Millionen Euro, sind Rückstellungen für Rentenzahlungen, die über die Zusatzversorgungskasse angelegt sind. Die Linke setzt sich dafür ein, diese Anlagen an sozialen und

ökologischen Grundsätzen auszurichten und hatte hierzu einen Ratsantrag gestellt, den der Rat an den Finanzausschuss weiterreichte. In der Sitzung am 14.12. griff die Kämmerin den Faden auf. „Im Sinne des Antrages“ wird die Kämmerei im ersten Quartal 2016 einen schriftlichen Bericht darüber liefern, welche Rolle ethische Grundsätze bei städtischen Finanzanlagen bislang spielen. Nach diesem Bericht will die Kämmerei eine Anhörung durchführen. Zu dieser sollen Fachleute aus anderen Kommunen geladen werden, um von ihren Erfahrungen mit sozialen und ökologischen Richtlinien für Finanzanlagen zu berichten, unabhängige Experten und auch Vertreter der Kölner Versorgungskasse und anderer Dienststellen. Da die Kämmerei die Ideen des Antrages der Linken umfassend aufgriff, wurde auf eine Abstimmung über den Antrag verzichtet. Köln ist auf einem guten Weg dahin, seine Finanzanlagen an sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten.

www.linksfraktion-koeln.de

Stadtwerke-Strom weiter mit Atom und Kohle: BONN. Die Stadtwerke Bonn dürfen auch im nächsten Jahr Atomstrom vertreiben und bekommen keine konkrete Jahresvorgabe für den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Die Jamaika-Koalition verweigerte einem entsprechenden Vorstoß der Linksfraktion im Stadtrat ihre Zustimmung und lässt den Stadtwerken damit weitgehend freie Hand, ihr Stromportfolio vorrangig nach Erlöskriterien zusammenzustellen. Selbst die Grünen wollten trotz gegenteiliger Bekenntnisse der Vergangenheit und kaum noch zu erreichender Klimaschutzziele der Stadt Bonn die Geschäftspolitik der SWB nicht stärker in die Pflicht nehmen. „Während die Koalition nicht zögert, den Stadtwerken einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung abzuverlangen, weist sie inhaltliche Vorgaben hingegen ohne nähere Begründung zurück. Atomausstieg und Klimapolitik, das waren mal grüne Essentials. Enttäuschend, dass mittlerweile das Betriebsergebnis der Stadtwerke Vorrang vor einer konsequenten Energiewende hat“, so Holger Schmidt. Nach der aktuellen Stromkennzeichnung der SWB Energie und Wasser stammen noch rund 2% des Stroms aus Atomkraftwerken und gut 12% aus Kohle. Dabei haben die Stadtwerke angekündigt, für GroßkundInnen auch weiterhin auf einen Atomanteil zu setzen – und hinsichtlich der Kohleverstromung jegliche Stellungnahme verweigert. Das neben dem Atomvollausstieg von der Linksfraktion vorgeschlagenen Reduktionsziel „null Kohlestrom im Jahr 2025“ überfordert die SWB EnW keinesfalls – die Aachener Stadtwerke sind z.B. schon heute am

Ziel. „Atom- und Kohlestromanteil bei den Stadtwerken sind weder notwendig und noch sehr schwer zu ersetzen.

Wer dies schnell umsetzt, spart sich weitere Mengen Atom- und bei Verzicht auf Kohle viele Tonnen CO₂. Ein klarer Ausstiegsbeschluss hätte Bonn parallel zur Pariser Klimakonferenz gut gestanden, das Abfeiern unverbindlicher Klimaschutzziele sollten wir anderen überlassen.“ <http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen>

Flüchtlingsunterbringung nicht missbrauchen: ESSEN. Am kommenden Mittwoch soll im Rat eine städtebauliche Strategie zur Unterbringung von Flüchtlingen verabschiedet werden. Die Abschaffung der Zeltstädte durch feste Unterkünfte ist längst überfällig. Allerdings nimmt die Stadtverwaltung an keiner Stelle Bezug auf die vom Rat beschlossenen Mindestanforderungen für die Flüchtlingsunterbringung. Deshalb stellt die Fraktion Die Linke einen eigenen Antrag. „Standorte für 400 bis 800 Menschen lehnen wir ab“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Wir wollen eine möglichst dezentrale Unterbringung in kleinen Einheiten. Um zu überprüfen, ob z.B. die in Essen gültigen 8 qm Wohnfläche je Flüchtling eingehalten werden, haben wir beim Oberbürgermeister Thomas Kufen das sog. Raumprogramm angefordert. Es geht schließlich auch darum, qualitative Verbesserungen gegenüber der Unterbringung in den Zelten zu erreichen.“ Ulla Lötzer, für Die Linke im Sozial-Ausschuss ergänzt: „Zu diesen Verbesserungen gehört die Einrichtung von Wohnungen sowie Kochmöglichkeiten zur Selbstverpflegung und eine Ausstattung der sanitären Anlagen, die die Intimsphäre schützt. Wichtig sind ausreichende Gemeinschaftsräume, die auch für Angebote der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer genutzt werden können.“ Die Ratsfraktion Die Linke macht in diesem Antrag auch Vorschläge, die den geplanten Flächenfraß in Natur- und Landschaftsschutzgebieten verhindern soll. So soll die Verwaltung u.a. beauftragt werden, eine Übersicht über leerstehenden Wohnraum, leerstehende Bürogebäude und andere Immobilien zu erstellen. „Es kann doch nicht angehen, dass die Verwaltung immer wieder die gleichen Grünflächen für Bebauung vorschlägt, sich aber noch nicht einmal in der Lage sieht, eine Übersicht über leerstehende Wohnungen zusammenzustellen. Schließlich ist die Unterbringung von Flüchtlingen hier nicht nur am preiswertesten. Auch die Integration kann so besser gewährleistet werden“, so Gabriele Giesecke abschließend.

<http://www.linksfraktion-essen.de>

Tarifabschlüsse im Schnitt bei knapp drei Prozent

Die Tarifabschlüsse 2015 sahen in den meisten Branchen für dieses Jahr Tarifsteigerungen zwischen 2,0 und 3,5 Prozent vor, mit einem Schwerpunkt zwischen 2,5 und 3,0 Prozent. In den länger laufenden Abschlüssen, die auch Anhebungen für 2016 vorsehen, bewegen sich die Steigerungsraten für das kommende Jahr überwiegend zwischen 1,5 und knapp 3,0 Prozent. Dazu einige Beispiele:

- In der Metall- und Elektroindustrie erreichte die IG Metall neben einer Pauschalzahlung von 150 Euro für drei Monate eine Tarifierhöhung von 3,4 Prozent ab April 2015 bei einer Laufzeit von insgesamt 15 Monaten.

- In der chemischen Industrie setzte die IG BCE nach einem Nullmonat eine Tarifierhöhung von 2,8 Prozent bei einer Laufzeit von 17 Monaten durch.

- Im öffentlichen Dienst (Länder ohne Hessen) erhöhten sich die Tarifverdienste nach zwei Nullmonaten um 2,1 Prozent ab März dieses Jahres und um weitere 2,3 Prozent (mindestens 75 Euro) ab März nächsten Jahres bei einer Laufzeit von zwei Jahren.

- Im Versicherungsgewerbe vereinbarte Verdi nach fünf Nullmonaten eine Tarifierhöhung von 2,4 Prozent ab September 2015 und weitere 2,1 Prozent ab Oktober 2016 bei einer zweijährigen Laufzeit. Außerdem gibt es Einmalzahlungen für die beiden untersten Entgeltgruppen.

- Bei der Deutschen Bahn AG erreichte die EVG eine Pauschalzahlung von 1.100 Euro für 11 Monate sowie 3,5 Prozent, mindestens 80 Euro, ab Juli 2015 und weitere 1,6 Prozent, mindestens 40 Euro, ab Mai 2016, bei 26

Monaten Laufzeit.

- Im Einzelhandel einigten sich die Tarifparteien auf eine Anhebung der Tarife nach drei Nullmonaten um 2,5 Prozent in diesem Jahr und weiteren 2,0 Prozent im kommenden Jahr bei einer Laufzeit von zwei Jahren.

Das zeigt die Tariffbilanz des WSI-Tariffarchivs der Hans-Böckler-Stiftung. Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt in diesem Jahr mit rund 0,2 Prozent extrem niedrig. „Auf das ganze Jahr 2015 gerechnet ist daher mit einer realen Steigerung der Tarifverdienste von deutlich über zwei Prozent zu rechnen“, sagt WSI-Tarifexperte Dr. Reinhard Bispinck.

Das Tarifjahr 2015 wurde auch durch teils harte Tarifkonflikte zu besonderen Themen geprägt:

Deutsche Bahn AG: Der seit dem Sommer 2014 anhaltende Tarifkonflikt zwischen der DB AG und den beiden Gewerkschaften EVG und GDL um materielle Tarifforderungen und insbesondere um die Frage, für welche Beschäftigtengruppen die GDL eigenständig verhandeln kann, konnte 2015 in zwei Stufen gelöst werden. Die EVG vereinbarte am 27.5. neben den oben genannten monetären Regelungen auch Tarifregelungen zur Arbeitszeit und zum Thema Arbeit 4.0. sowie erstmals wieder einen Tarifvertrag für EVG-Lokomotivführer. Die GDL übernahm am 30.6. nach zahlreichen Streikmaßnahmen und einer Schlichtung das materielle Ergebnis des EVG-Abschlusses. Der Abschluss umfasste darüber hinaus einen Bundesrahmentarifvertrag für das GDL-Zugpersonal, eine Garantie für die GDL als Tarifpartner der DB AG bis 2020 sowie ein neues Schlichtungsverfahren. Damit sind EVG und GDL nach sechs Jahren einer vereinbarten Aufteilung der Zuständigkeiten künftig im Bereich der Lokomotivführer und (neu) des Zugpersonals parallel als Tarifvertragsparteien aktiv.

Sozial- und Erziehungsdienst: Verdi forderte für die Beschäftigten eine grundlegende Aufwertung durch höhere Eingruppierung mit Einkommensverbesserungen von durchschnittlich 10,0 Prozent. Nach Warnstreiks und rund vierwöchigem unbefristeten Streik wurde in einem Schlichtungsverfahren Ende Juni eine Einigungsempfehlung vorgelegt, welche allerdings in einer Mitgliederbefragung von rund 69 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder abgelehnt wurde. Nach der Sommerpause brachten neue Verhandlungen Verbesserungen des Schlichterspruches. Diese wurden dann in einer Urabstimmung von 57 Prozent der Verdi-Mitglieder und 72 Prozent der GEW-Mitglieder angenommen. Verdi beziffert die erzielte Erhöhung der Entgelte auf durchschnittlich 3,7 Prozent.

Produktion bei Bombardier bleibt

Die IG Metall hat sich am 26. November nach mehrstündigen Verhandlungen mit dem Management von Bombardier vorbehaltlich der Gremienzustimmung auf die Erhaltung des Mannheimer Produktionsstandorts geeinigt. Im Gegenzug wurden tarifvertragliche Abweichungen vereinbart. Bombardier hatte Anfang Juli 2015 angekündigt, die Produktion am Standort Mannheim zu schließen und die für Mannheim geplanten Produktionsaufträge nach Trapaga zu verlagern.

Nach ausführlichen Beratungen im Wirtschaftsausschuss und der Erstellung eines Gegenkonzepts durch die Arbeitnehmerseite, hatte die Arbeitgeberseite die Schließungsabsicht bekräftigen wollen. Daraufhin bot die IG Metall an, über Abweichungen zu sprechen. Nach langen Verhandlungen haben sich IG Metall und Management am 26.11. auf Eckpunkte einer Vereinbarung geeinigt. Diese wurden heute den Beschäftigten in einer Betriebsversammlung vorgestellt. Das Ergebnis steht bis zum 11.12.2015 unter Vorbehalt der Zustimmung der Mitglieder der IG Metall bei Bombardier in Mannheim sowie der weiteren Gremien der IG Metall. Außerdem muss die Konzernleitung von Bombardier zustimmen. Ferner wird das Ergebnis ausführlich im Betrieb diskutiert.

Kern der Vereinbarung ist die Sicherung des Produktionsstandorts bis mindestens zum 31.3.2019. Betriebsbe-



dingte Beendigungskündigungen dürfen in dieser Zeit in diesen Bereichen nicht ausgesprochen werden. Bei einer Kündigung durch die Arbeitgeberseite werden die abweichenden Vereinbarungen sofort ausgesetzt und wieder auf Flächentarifvertragsniveau angehoben. Die Leistungszulage aller Beschäftigten bei Bombardier am Standort Mannheim wird um 2,5 Prozentpunkte abgesenkt. Zukünftige Tarifierhöhungen werden weitergegeben (Entgelttarifverträge laufen zum 31.3.2016 aus), die diesen Verlust abfangen sollen.

Die Beschäftigten, die direkt von der Schließung bedroht waren, müssen außerdem ab dem 1.1.2016 39 Stunden pro Woche arbeiten, ab dem 1.1.2017 beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 38,5 Stunden.

„Unter den gegebenen Umständen stellt die getroffene Vereinbarung einen schmerzhaften aber vertretbaren Kompromiss für uns dar, den wir getroffen haben, um die Beschäftigung hier mittelfristig zu sichern.“ sagt Klaus Stein, Verhandlungsführer und Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim zu diesem Kompromiss. „Jetzt müssen die Mitarbeiter darüber entscheiden“, so Stein. **IG Metall Mannheim, 27.11.2015**

Deutsche Post AG: Konfliktgegenstand war die Gründung von 49 regionalen DHL Delivery GmbHs mit deutlich schlechteren Tarifbedingungen. Darin sah Verdi einen Verstoß gegen bestehende tarifliche Regelungen zur Begrenzung der Fremdvergabe von Zustellbezirken. Um konfliktfähig zu werden, kündigte Verdi im März die tariflichen Arbeitszeitregelungen und forderte eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Später kam die Forderung einer regulären Entgelterhöhung hinzu. Nach mehrwöchigen Streiks handelten die Tarifparteien ein umfassendes Paket u. a. mit Regelungen zur Beschäftigungssicherung bis Ende 2019 sowie einem Ausschluss der Fremdvergabe in der Brief- und Verbundzustellung bis Ende 2018 aus. Die DHL Delivery GmbHs mit ihren niedrigeren Tarifstandards bleiben bestehen. Für rund 7.630 Paketzustellerinnen und Paketzustellern konnten allerdings die bisherigen Tarifbedingungen dauerhaft gesichert werden.

Berliner Charité: Bei diesem Tarifkonflikt ging es um die Durchsetzung

von Regelungen zu Personalmindestbesetzung und dem Gesundheitsschutz. Dazu hatte es bereits seit 2012 Verhandlungen, Konflikte und Zwischenergebnisse gegeben. Im Juni 2015 führte ein unbefristeter Erzwingungsstreik nach wenigen Tagen zur Einigung auf ein Eckpunktepapier zu einem Tarifvertrag Gesundheit und Demographie, der in den kommenden Monaten verhandelt werden soll.

Besoldungsrunde 2015: Nach dem Tarifaabschluss im öffentlichen Dienst der Länder folgte in einem Großteil der Länder eine inhaltsgleiche, allerdings nicht immer zeitgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten. Dies verhindert zumindest die weitere Abkopplung von der Entwicklung der Tariflöhne und führt somit zu einem etwas positiveren Ergebnis als noch 2013. Dennoch bleibt die Besoldung durch die teilweise sehr unterschiedliche Umsetzung in den einzelnen Ländern ein „Flickwerk“, das die Gewerkschaften auch in Zukunft weiter zu schließen versuchen werden.

www.boeckler.de

Gesamtmetall wünscht keine verbindlichen Sozialstandards in Lieferketten. Gesamtmetall, Dezember 15. – Das Thema nachhaltige Lieferketten steht aktuell ganz oben ... in der internationalen Sozialpolitik. Gemeint ist hier ... die Einhaltung internationaler Sozialstandards, wie z. B. der ILO-Kernarbeitsnormen in den Zulieferbetrieben eines Unternehmens weltweit. Die Durchsetzung gesellschaftspolitischer Ziele und die Sicherstellung von international anerkannten Arbeits- und Sozialstandards liegen zuallererst in der Verantwortung der einzelnen Staaten. Die Unternehmen können die Bemühungen der Politik für gesellschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt ergänzen, nicht aber deren Verantwortung ersetzen. Kein Unternehmen kann die Einhaltung von Sozialstandards in seiner weltweiten Lieferkette bis ins letzte Glied garantieren. Verbindliche Vorgaben für die gesamte Lieferkette sind deshalb nicht umsetzbar und führen lediglich zu einer Flut von gegenseitigen Absicherungen mit einem immensen bürokratischen Aufwand für unsere Unternehmen.

BDA fordert Verbesserungen für die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive. Stellungnahme des BDA zur Änderung des XII. Gesetzbuches u.a., November 2015. – Mit dem Gesetzentwurf ... werden Vorschriften ... insbesondere zur Ausbildungsförderung von Flüchtlingen, geändert. Das Asylverfahren darf nicht „Lebensstillstand“ bedeuten. Der ... Zugang zu Bildung und Ausbildung muss weiter verbessert werden. ... Für eine bestmögliche Integration der Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive und Geduldete in den Arbeitsmarkt spielt die Sprachförderung eine zentrale Rolle. Diese muss auf einem Teilnahmeanspruch beruhen, nicht nur eine nachrangige Zulassung auf Teilnahme ... beinhalten. Der Zugang zu allen Förderleistungen der Berufsausbildung (Berufsausbildungsbeihilfe, assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) muss ab Abschluss eines Ausbildungsvertrages und nicht erst nach 15 Monaten Aufenthalt ermöglicht werden. ... Damit junge und heranwachsende Asylsuchende mit hohen Bleibeperspektiven und Geduldete, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, die Berufsausbildung sicher abschließen können und Ausbildungsbetriebe die nötige Planungssicherheit erhalten, muss ihr Aufenthaltsstatus für die Dauer der Ausbildung und eine Anschlussbeschäftigung bundesweit einheitlich sichergestellt werden. Das Beschäftigungsverbot in der Zeitarbeit muss unabhängig von der jeweiligen Qualifikation von Beginn an grundsätzlich aufgehoben werden ... auch für alle Drittstaatsangehörigen. Die im Rahmen von Flüchtlingsaufnahmeprogrammen abgegebenen Verpflichtungserklärungen nach § 68 AufenthG (Übernahme aller Kosten für den Lebensunterhalt) müssen mit positivem Ausgang des Asylverfahrens erlöschen. Das Asylrecht ist nicht von einer solchen Verpflichtungserklärung abhängig. Das würde schon seinem Wesen widersprechen. Dazu ist eine gesetzliche Klarstellung im Aufenthaltsgesetz notwendig.

Zusammenstellung: Rosi Steffens

fds-Herbstakademie 27.-29.11.2015.

Einleitungsbeitrag zu Panel 4 „Gesellschaft und Willkommenskultur“

Herausforderungen für linke Flüchtlingspolitik

Von Christiane Schneider, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft

Die Flucht- und Migrationsbewegungen der letzten Jahre/Monate verändern unsere Gesellschaft. Sie stellen uns, die Gesellschaft, und uns, die Linke, insbesondere vor vier Herausforderungen.

Erstens. Die menschenwürdige Aufnahme und Versorgung ankommender Geflüchteter muss sichergestellt werden.

Zweitens. Von Anfang an muss die Perspektive des Bleibens und der Teilhabe der Geflüchteten entwickelt und umgesetzt werden, denn ein großer Teil der Geflüchteten wird lange oder auf immer hierbleiben.

Drittens. Es muss verhindert werden, dass diese Aufgaben dazu genutzt werden, die ohnehin geringen Ressourcen der sozial Benachteiligten und Abgehängten weiter zusammenzustreichen und die gesellschaftliche Zerklüftung zu vertiefen.

Viertens. Es gilt, eine Entwicklung solidarisch zu gestalten, die in den nächsten ein bis zwei Dekaden definitiv dazu führt, dass es in Deutschland keine Mehrheitsgesellschaft von Herkunftsdeutschen und daneben eine Minderheitsgesellschaft gibt, sondern dass es eine „gesellschaftliche Mehrheit von Minderheiten“ gibt.

Zunächst kurz zum vierten Punkt, auf den ich im Weiteren dann nicht näher eingehen werde.

In Hamburg z.B. liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei ca. 30%. Bei den über 65-Jährigen liegt er bei 15% (Männer) bzw. 12% (Frauen). Bei den unter 18-Jährigen liegt er dagegen bereits bei 45%. In vielen Schulklassen – Grundschulen, Stadtteilschulen – überwiegt die Zahl der Kinder/Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Zahl der Herkunftsdeutschen deutlich. Diese Tendenz wird sich mit der aktuellen Flucht- und Migrationsbewegung verstärken, nicht nur in den Großstädten.

Ich gehe davon aus, dass diese Tendenz der Hintergrund für die zunehmende politische Polarisierung ist. Es gibt, vor allem in Großstädten wie Hamburg, eine große, begeisternde Solidarität mit Geflüchteten, die sich aus ganz unterschiedlichen Quellen speist: humanitärer Hilfsbereitschaft, christlicher Nächstenliebe, politischer Solidarität. In Hamburg hat sich diese Solidaritätsbewegung insbesondere in der Unterstützung der Gruppe

Wirtschafts-
presse

Lampedusa-in-Hamburg entwickelt. V.a. im Gespräch mit SchülerInnen stellen wir immer wieder fest, wie selbstverständlich für sie transnationale Wanderungsbewegungen sind, wie selbstverständlich für sie das Miteinander von Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund ist, und wie selbstverständlich für sie die Aufnahme der Geflüchteten ist. Diese große, über die linke Szene hinausreichende Solidaritätsbewegung ist eine gute Basis, alle die genannten Herausforderungen zu meistern.

Auf der anderen Seite verstärkt die Entwicklung Verlust- und Zukunftsängste. Das „deutsche Volk“ ist sozusagen tendenziell Vergangenheit. Die politische Rechte setzt genau daran an. Die AfD-Fraktion in der Bürgerschaft z.B. startete im Frühjahr als eher tollpatschig wirkender Verein von Biedermännern, hat sich aber längst als Trupp von Brandstiftern mit extrem aggressiven und militanten Jargon entpuppt, spricht von „Invasion“, von „Bevölkerungsaustausch“ etc. und knüpft damit kaum verhüllt an die „Volkstod“-Kampagne der NPD an. Niemand hat die Entwicklung vor allem seit September 2015 in ihrem ganzen Umfang vorhersehen können. Die Zahl der täglich ankommenden Geflüchteten stieg seit dem Frühjahr nahezu täglich, und im September musste die Stadt täglich bis zu 600 Geflüchtete neu unterbringen und versorgen. Zurzeit (November) kommen 350-400 Menschen an (ohne Transitflüchtlinge). Das ist natürlich eine gewaltige Aufgabe. Denn auf jeden Fall müssen die Geflüchteten erst einmal aufgenommen werden, auch wenn nach der Registrierung ca. zwei Drittel in andere Bundesländer umverteilt werden. (Von Januar bis Oktober 2015 sind 45.458 Geflüchtete nach Hamburg gekommen, Hamburg zugewiesen wurden 16.068, mit Unterbringungsbedarf 14.947. Insgesamt sind am 31.10. 33.965 Schutzsuchende in Hamburg in Einrichtungen der Zentralen Erstaufnahme bzw. der Folgeunterbringung).

Wir bestreiten also die großen Anforderungen nicht. Was wir dem Senat jedoch vorwerfen, ist, dass er jahrelang die Entwicklung der Flüchtlingsbewegungen ignoriert hat, bis weit in das Jahr 2015 hinein, und dass er dann hektisch, planlos und kurzfristig gehandelt hat. Eine Zahl aus dem gegenwärtigen Doppelhaushalt: Noch im Dezember 2014 hat der damalige Senat bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2015/2016 mit durchschnittlich 1.250 Plätzen in der ZEA geplant. Wir hatten darüber eine Auseinandersetzung, weil Zahlen in dieser Größenordnung schon Ende 2014 bei weitem übertroffen waren. Wir wurden überstimmt. Das zeigt, wie planlos der Senat agierte. Am 31.10.15 waren 18.588 Menschen in Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen.

Was wir dem Senat weiter vorwerfen, ist auch nicht, dass er zeitweilig zu Not-

lösungen greift, sondern dass die Notlösungen häufig katastrophal schlecht durchgeführt werden und vor allem, dass sie zu Dauereinrichtungen werden. Am 31.10. lebten immer noch 3.019 Menschen in Zelten, von denen viele nicht mal winterfest sind. Heute sind es weniger, aber schätzungsweise bis zu 2000. Weiterhin sind mehrere tausend in Notunterkünften – v.a. in runtergekommenen ehemaligen Baumärkten. Das Chaos und die katastrophalen Zustände, die hier teilweise herrschen, spotten aller Beschreibung.

Natürlich spielen weitere Faktoren eine große Rolle. Es gibt eine massive Wohnungsnot. So fehlen nach unterschiedlichen Schätzungen 30.000 bis 60.000 Wohnungen; es gibt lediglich noch 90.000 Sozialwohnungen (Anfang 2015); immer mehr fallen aus der Mietpreisbindung; das Wohnungsbauprogramm des Senats sieht lediglich 2000 neu zu bauende Sozialwohnungen pro Jahr vor; die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA GWG nimmt ihre Verantwortung nicht wirklich wahr etc. Gleichzeitig gibt es Leerstand, sowohl bei Wohnungen – viel zu viel, wahrscheinlich aber weniger als in anderen westdeutschen Großstädten –, wie vor allem bei Büroraum (ca. 1 Mio. qm), von dem die „Recht auf Stadt“-Bewegung schon lange die Umwandlung in Wohnraum fordert. Diese Faktoren führen dazu, dass wohnberechtigte Flüchtlinge nicht aus der Folgeunterbringung kommen und die ankommenden Flüchtlinge, die Hamburg zugewiesen werden, inzwischen oft mehr als ein Jahr in der Erstunterbringung verharren müssen.

Ich hätte mir das Ausmaß, in dem die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind, für eine Großstadt in Deutschland nicht vorstellen können. Die Registrierung geschieht mit großer Verspätung mit all den Folgen (medizinische Versorgung, Auszahlung Taschengeld). Die Geflüchteten vor allem in den ZEAs werden mit Mühe und Not gerade noch verwaltet, oder besser: das Chaos wird verwaltet, die Geflüchteten werden nicht wirklich aufgenommen.

Die Versorgung der Geflüchteten selbst mit dem Lebensnotwendigsten wäre ohne das überwältigende Engagement von Ehrenamtlichen und Freiwilligen zusammengebrochen. Die Übernahme von eigentlich staatlichen Verpflichtungen durch BürgerInnen ist nicht mehr zu beziffern, sie reicht von der Bereitstellung von Babywindeln und Hygieneartikeln, über Dolmetscherarbeiten und medizinische Versorgung, der Organisation der Umverteilung bis zur Kinderbetreuung.

Ein besonderes Kapitel ist die Versorgung der Transitflüchtlinge am Hauptbahnhof. 400 bis 500 kommen hier seit Wochen täglich an, die sich nicht registrieren lassen, sondern weiter nach Norden reisen wollen. Hunderte Freiwillige und einige Wohlfahrtsverbände sind hier im Einsatz, um sie mit Essen und Trinken zu versorgen, die Kinder zu betreuen, die

medizinische Versorgung zu leisten und vor allem Nacht für Nacht bis zu 1.400 private Übernachtungsplätze zu organisieren. Anders als Rostock und das Land Mecklenburg-Vorpommern, anders als Kiel, Lübeck, Flensburg und das Land Schleswig-Holstein verweigerte Hamburg bis jüngst jede humanitäre Hilfe. Die selbstorganisierten Freiwilligen und die Einrichtungen, die die Last tragen, sind stets am Rande ihrer Kräfte. Wir haben mit einem Antrag dringende Forderungen aufgenommen, in der Bürgerschaftssitzung am 25.11. thematisiert und erreicht, dass das Problem nicht mehr öffentlich beschwiegen werden kann. Der Antrag wurde in den Ausschuss überwiesen, er wird wie immer abgelehnt werden, aber wie letztlich dann doch öfter bewegt sich dann eben doch etwas. Wir machen durchaus die Erfahrung, dass Opposition wirkt. Und zwar deshalb, weil wir uns unmittelbar vor allem auf die politisch motivierte und begründete Flüchtlings-solidarität stützen können und auf die Teile der Stadtgesellschaft, die die Herausforderungen solidarisch annehmen.

Ich weiß nicht, wie viele Ehrenamtliche und Freiwillige aktiv sind, es sind mit Sicherheit einige Tausend. Es gibt gut organisierte Freiwilligeninitiativen wie z.B. „Karo hilft“ mit bis zu 800 Engagierten, es gibt natürlich aber auch viele Nicht-Organisierte und viele, die sich heftig gegen politische Diskussionen sträuben. Es gibt bisher sehr wenig staatliche Unterstützung für die Ehrenamtlichen, z.B. gibt es wenig Mittel für Koordination, Beratung, Weiterbildung; viele Fragen sind ungeklärt, z.B. die Frage der Versicherung, Fahrtkostenerstattung usw. Es gibt übrigens auch viele Geflüchtete aus den Unterkünften, gerade am Hauptbahnhof, für sie sind Fragen wie Fahrtkostenerstattung und Versorgung besonders wichtig. Ein großes Potenzial könnten die migrantischen Communities bilden, sie werden aber von der Stadt kaum angesprochen, eigene Initiativen z.B. der kurdischen Community werden ignoriert.

Wir hatten am 13. November zu einem Hearing eingeladen, das sich hauptsächlich an Freiwillige/Ehrenamtliche richtete und an dem ca. 60 Menschen teilnahmen. Uns ging es darum, von den Menschen, die vor Ort tätig sind, zu hören, was in den Bereichen Unterbringung, Beschulung von Kindern und Jugendlichen, gesundheitliche Versorgung los ist, welche Hauptprobleme es gibt und welche Lösungsideen es gibt. Wir haben eine Menge gelernt und werden das, was wir gehört und gelernt haben, in parlamentarische Initiativen einfließen lassen. Eine dringende Anforderung z.B. ist, dass es im Umfeld der Unterkünfte Räume für die Selbstorganisation von Geflüchteten, zur Koordination von Ehrenamtlichen/Freiwilligen und für die nachbarschaftliche Kommunikation verschiedenster Art geben muss. Das Format des Hearings hat



In Zelten untergebrachte Flüchtlinge demonstrieren Mitte Oktober zum Rathaus, nachdem die Temperaturen nachts auf unter Null gefallen waren. Einige der Flüchtlinge tragen Badelatschen. Da die Registrierung oft erst mit sechs- bis achtwöchiger Verspätung stattfindet, erhalten die Flüchtlinge in dieser Zeit weder das ihnen zustehende Taschengeld noch die zu medizinischer Versorgung berechtigende Gesundheitskarte noch – oft jedenfalls – ausreichende Kleidung.



Anfang Oktober. Neu ankommende Flüchtlinge werden in einem unvorbereiteten, stark verschmutzten früheren Baumarkt, einer Halle ohne Abtrennungen und Sichtschutz, ohne Duschmöglichkeiten, ohne warmes Wasser untergebracht. Der städtische Träger hatte sich geweigert, die Halle zu übernehmen, weil er sich überfordert fühlte. Freiwillige organisieren Matratzen und Decken, Nahrungsmittel und Getränke. Am folgenden Tag versuchen Mitarbeiter des Bezirksamtes, die Heizung in Gang zu bringen und die Essensversorgung zu organisieren. Erst nach mehr als einer Woche werden Duschen und Waschgelegenheiten fertig.

sich unseren Augen bewährt, wir werden das wohl zu jeweils bestimmten Feldern der Flüchtlingspolitik fortsetzen.

Unsere parlamentarischen Initiativen / Anträge haben sich im letzten Halbjahr auf folgende Fragen konzentriert:

- vor allem auf die Unterbringung. Hier haben wir Ende August einen umfangreichen Antrag zur Unterbringung vorgelegt, in dem wir ein Konzept für ausreichenden Wohnraum und menschenwürdige Unterbringung fordern. [Wir machen sowohl Vorschläge z.B. für die Weiterentwicklung des Wohnraumförderungsprogramms und für die Ausweitung der Versorgungsverpflichtung der SAGAGWG, für die Förderung zukunftsweisender integrativer Wohnprojekte, für Nutzungskonzepte für leerstehende Wohnungen in städtischem Eigentum, für die Umwandlung von Leerstand etc. gemacht und auch die Beschlagnahmung gefordert. Es geht uns um Begrenzung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, um Mindeststandards, Dezentralisierung und Recht auf Wohnen; um besonderen Schutz für besonders

schutzbedürftige Geflüchtete; um die Verbesserung der Kooperation mit den AkteurInnen außerhalb der Behörden.] Der Antrag ist nicht einmal überwiesen, sondern rundum abgelehnt worden. Interessant: Einen Monat später brauchte uns die Koalition, um ein Gesetz zu verabschieden, dass die Beschlagnahmung von Leerstand ermöglicht. Auch begann die Behörde damit, ein Gebäude für die Unterbringung besonders schutzbedürftiger Frauen und Kinder zu suchen. Das gibt es inzwischen.

Die Auseinandersetzung bleibt aber mit Blick auf die Perspektive Teilhabe und Integration weiter extrem wichtig. Der Senat geht daran, Großsiedlungen für Geflüchtete in Expressbauweise am Stadtrand zu errichten. Da werden Ghettos entstehen mit all den absehbaren Folgeerscheinungen.

- Wir haben zwei Anträge eingebracht, die jeweils einige Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation in den Unterkünften vorschlugen. Die wurden zwar abgelehnt, aber wenigstens im Ausschuss diskutiert, und zwar nicht einmal besonders kontrovers. Auch hier zeigt sich die eine oder andere Bewegung; die Koalition griff z.B. das zuvor abgelehnte Anliegen, durch verschiedene Maßnahmen den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten, zwei Wochen später mit einem eigenen Antrag auf.

- Wir haben in Zusammenarbeit mit vielen ExpertInnen vor Ort einen Antrag zur Verbesserung der Beschulung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen erarbeitet.

Eine Auseinandersetzung, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, geht um die Finanzierung. Inzwischen werden z.B. Projekte der offenen Jugendarbeit wegen einiger zehntausend Euro gestrichen, mit offenem oder verdecktem Hinweis auf die hohen Ausgaben für die Flüchtlinge. Die Diakonie hat sich gerade mit einem Brandbrief an die Öffentlichkeit gewandt und vor Kürzungen auf Kosten einer Gruppe von Bedürftigen zugunsten anderer Gruppen von Bedürftigen gewarnt.

Wir sitzen im Moment in Kooperation mit dem VSA-Verlag an der Ausarbeitung eines Vorschlags für ein Investitionsprogramm mit dem Ziel, die sozialen Infrastrukturen in Hamburg zu stärken und auszubauen, damit die neuen Aufgaben umfassend und zum Nutzen aller, die die Herausforderung ja vor allem meistern müssen, die Geflüchteten wie die sozialen Einrichtungen, die Nachbarschaften, die Stadtteile. Wir hatten im September bereits den Antrag auf Änderung des Finanzrahmengesetzes erhoben, auch hier ist interessant, dass der Senat dieser Aufforderung vor einigen Tagen nachgekommen ist.

Beunruhigend ist, dass sich in der Bürgerschaft die Herausbildung eines rechten Lagers von AfD, CDU und FDP in Umrissen abzeichnet. Zwar wird meistens noch eine Abgrenzung zur AfD voll-

zogen, ihre Anträge nicht unterstützt, die aber vor allem von der FDP zunehmend aufgehoben wird. Inhaltlich gibt es in der Flüchtlingspolitik rechts von der Mitte zunehmend Schnittmengen bei den repressiven, selektierenden und ausgrenzenden Maßnahmen, die gefordert werden. In der CDU wird die Auseinandersetzung noch geführt, und wir nutzen jede sich bietende Gelegenheit, andere, dem allgemeinen Trend zuwiderlaufende, unterstützenswerte Forderungen der CDU auch zu unterstützen, auch um die Lagerbildung zu erschweren.

Ich war Ende September / Anfang Oktober mit einer Delegation der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und der Rosa-Luxemburg-Stiftung u.a. in Palermo. Der Besuch dort hat mich sehr beeindruckt, weil die Flüchtlingspolitik der Stadt auf der symbolischen Ebene und, soweit wir das mitbekamen, auch auf der realen Ebene anderen Leitlinien folgt, als ich das aus Hamburg kenne. Beeindruckt hat mich die Charta von Palermo: „Von der Migration als Problem zur Freizügigkeit als unveräußerlichem Menschenrecht.“ Die Anerkennung der Freizügigkeit als unveräußerliches Menschenrecht, die auf der Anerkennung des Geflüchteten als Person beruht, das halte ich für eine großartige Leitlinie. Das ist in der gegenwärtigen Situation eine Utopie, aber eine Utopie, deren Botschaft sich in konkrete, durchaus pragmatische Politik umgesetzt werden kann und sollte. In diesem Sinne ist z.B. die Arbeit der unzähligen Freiwilligen und der vielen Einrichtungen am Hauptbahnhof in Hamburg vorbildhaft. Sie unterstützt und unterstreicht das Recht auf Freizügigkeit aktiv, ungeachtet der eigenen potenziellen Bedrohung durch Strafverfolgung.

Wir erfahren die Auswirkungen der Gesetzesverschärfungen auf Bundesebene konkret vor Ort, das Selektieren der Geflüchteten nach Nützlichkeitsabwägungen z.B. den unbarmherzigen institutionellen Antiziganismus, der durch das Gesetz zu den sicheren Herkunftsstaaten verfestigt wurde. Auf uns rollt z.B. eine Welle von Abschiebungen zu, die Roma betrifft, die seit den jugoslawischen Teilkriegen oder länger geduldet in Hamburg leben, hier verwurzelt sind und Kinder bekommen haben, die gleich mit abgeschoben werden.

Das Asylrecht, selbst wenn es auf den Stand von vor 1992 zurückgeführt würde, reicht angesichts der großen Migrationsbewegungen nicht, das Aufenthaltsgesetz muss grundlegend überarbeitet werden. Mir leuchtet der Vorschlag eines linken Einwanderungsgesetzes ein. Wir brauchen in den konkreten politischen und praktischen Auseinandersetzungen Positionen, die über die bisher anerkannten Gründe der Schutzsuche – v.a. Krieg und Verfolgung – ein Bleiberecht bzw. ein diskriminierungsfreies Recht auf Zuwanderung begründen.

Sechs Jahre Austerität: Die dramatischen Folgen für die soziale Lage und die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Griechenland

Zusammengestellt von Pavlos Delkos und Paul Kleiser

Die von der Troika (aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds) aufgezwungene Sparpolitik hat Griechenland in eine tiefe Krise geführt, die nur mit der Zeit der deutschen Besatzung und des anschließenden Bürgerkriegs verglichen werden kann.

Zwischen 2010 und 2014 (fünf Jahre Rezession in Folge) ist die Wirtschaftsleistung (BSP) um mehr als 25 % geschrumpft. Auch für das Jahr 2015 wird wegen des Sparzwangs mit einer weiteren leichten Rezession um etwa ein Prozent gerechnet.

Die Arbeitslosigkeit hatte Ende 2013 die Marke von fast 30 Prozent erreicht, drei Mal so viel wie noch 2009 (vor der Krise); bei den jungen Leuten unter 25 lag sie bei etwa 60 Prozent. Die schmale Arbeitslosen-Unterstützung wird – wenn überhaupt – höchstens ein Jahr lang bezahlt und liegt zwischen 180 und 468 Euro.

Seit 2010 sind die Löhne und Renten zwischen einem Drittel und 60 % gefallen.

Der Mindestlohn wurde von 751 Euro auf 586 Euro, für die unter 25 Jährigen sogar auf 511 Euro zusammengestrichen. Aber in Wirklichkeit gibt es kaum noch reguläre Arbeitsverhältnisse und kaum ein Arbeitnehmer im privaten Sektor bekommt den Mindestlohn. Viele Arbeitgeber nutzen die Krise aus und führen keine Sozialabgaben ab.

Gleichzeitig wurden die Steuern massiv erhöht. Die Mehrwertsteuer stieg auf 23%; für den öffentlichen Dienst wurde eine zusätzliche „Solidaritätssteuer“ eingeführt und alle Eigenheimbesitzer (83% der Bevölkerung) haben nun eine neue Immobiliensteuer zu bezahlen.

Die Kaufkraft der Bevölkerung wurde in fünf Jahren um 40% reduziert. Fast ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze (665 Euro).

Diese schlechte wirtschaftliche Situation, der Sparzwang des Staates, die hohe Arbeitslosigkeit usw. führten auch zu einer dramatischen Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Arbeitslose verlieren nach



einem Jahr die Krankenversicherung; kleine Selbständige können ihre Versicherungsbeiträge nicht mehr bezahlen, daher hat fast die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen mehr. Viele Schwerkranke bekommen die notwendigen Medikamente nicht auf Rezept, müssen diese selbst bezahlen. In den vergangenen Jahren hat mehr als die Hälfte der Bevölkerung keinen Arzt gesehen, nicht, weil sie so gesund wären, sondern weil sie einfach nicht über die nötigen Mittel verfügen.

Angesichts dieser Situation sind überall in Griechenland Formen der Selbsthilfe und der Selbstorganisation entstanden. Bauern verkaufen ihre Produkte direkt an die Verbraucher, Menschen schließen sich zusammen, um Suppenküchen zu organisieren, es gibt Formen des geldlosen Austausches von Gütern und Dienstleistungen usw.

Da sich das Gesundheitswesen in einer tiefen Krise befindet, sind in vielen Städten Formen der Hilfe für Arme und

ΜΗΤΡΟΠΟΛΙΤΙΚΟ ΚΟΙΝΩΝΙΚΟ ΙΑΤΡΕΙΟ ΕΛΛΗΝΙΚΟΥ (MKIE)

Entstehungsgeschichte und Ziele der „Sozialen Praxis Ellinikon“

Aufgabe der „Sozialen Praxis Ellinikon“ (MKIE) im Süden von Athen ist es ihrem Selbstverständnis nach, ohne Ausgrenzung allen Arbeitslosen, Armen, Migrant_innen, Menschen ohne Krankenversicherung usw. kostenlose medizinische und pharmazeutische Grundversorgung anzubieten.

Das wichtigste Ziel ist es, den Menschen zu dienen. Das MKIE und seine freiwilligen Helfer_innen können und wollen nicht das öffentliche Gesundheitssystem ersetzen.

Ganz im Gegenteil, sie engagieren sich politisch dafür, dass das darniederliegende öffentliche Gesundheitssystem Griechenlands für alle zugänglich bleibt und allen Menschen Dienstleistungen auf höchstem Niveau anbieten kann.

Die Idee für die Gründung des MKIE wurde vom Kardiologen Giorgos Vychas und seinen Freunden bei den Demonstrationen der „Empörten“ im Sommer 2011 auf dem „Syntagma-platz“ entwickelt.

Den „Startschuss“ für die Gründung der sozialen Praxis hat ein Satz von Mikis Theodorakis vor seinem Kon-

zert auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Ellinikon im September 2011 gegeben:

„Kein Mensch darf hungern, kein Mensch darf ohne medizinische Versorgung bleiben.“

Die Gruppe der Aktivisten um Giorgos Vychas hat die Zusammenarbeit und Unterstützung der Stadtverwaltung Ellinikon/Argyroupoli erbeten. Mit deren Unterstützung u.a. durch kostenlose Raumüberlassung in Baracken auf dem

ehemaligen Flughafen und der Hinzugewinnung von weiteren aktiven Menschen konnte die Idee in die Praxis umgesetzt werden.

Die Räume und die angrenzenden freien Flächen sind geeignet, neben der Unterbringung der Praxis auch zahlreiche unterstützende Aktivitäten, z.B. kulturelle Veranstaltungen, durchzuführen.

Mit dem Namen „Metropolitane Soziale Praxis Ellinikon“ soll der Wille der freiwilligen Helfer_innen des MKIE unterstrichen werden, dass das Gelände des ehemaligen Flughafens Ellinikon den Bedürfnissen der großen Mehrheit und nicht den Interessen der „Wenigen“ zu gute kommen soll.



Das MKIE wurde auf folgende Säulen aufgebaut und arbeitet nach folgenden Prinzipien:

- 1) Es nimmt keine Geldbeträge, sondern nur Sachspenden entgegen;
- 2) es arbeitet überparteilich und erlaubt keine parteipolitische Aktivität innerhalb seiner Programme;
- 3) es macht keinerlei Werbung für seine Förderer und Unterstützer.

Auf Grundlage dieser Prinzipien:

Unversicherte entstanden. Im ganzen Land und in vielen Städten sind insgesamt über 50 selbstorganisierte ambulante Gesundheitszentren eingerichtet worden. Sie firmieren unter dem Namen „Soziale Praxis und Apotheke der Stadt X“ und werden von freiwilligen Helfern betrieben.

Auch unter der neuen von Syriza geführten Regierung hat sich die gesundheitliche Versorgung der Menschen nicht spürbar verbessert. Die strukturellen Probleme des Gesundheitssystems (chronische Unterfinanzierung, stark reduzierte Kapazitäten im Personal- und Sachmittelbereich) können nicht so schnell behoben werden.

Laut Aussagen des neuen Gesundheitsministers steht das Gesundheitssystem am Rande des Zusammenbruchs. Nur dank des großartigen Einsatzes des verbliebenen Personals konnte bisher ein „Black Out“ des Systems vermieden werden. Es fehlen laut Gesundheitsminister Andreas Xanthos etwa 25 000 Pflegekräfte und über 6 000 Ärzte.

Die geplanten bzw. bereits beschlossenen Maßnahmen haben noch keine Wirkung bewirken können. Die Rücknahme der Zuzahlung von fünf Euro bei jedem Krankenhausbesuch und die Ein-Euro-Rezeptgebühr und der bedingungslose Zugang von allen Menschen (auch der Unversicherten) zum öffentlichen Gesundheitssystem haben zu weiteren Überlastungen der geringeren personellen Kapazitäten geführt. Doch die-

se Maßnahmen sollen nach dem Willen der Kreditgeber sogar zurückgenommen werden bzw. mit alternativen Sparmaßnahmen finanziert werden.

Das Vorhaben der Regierung, 4.500 Kräfte (Medizin u. Pflege) einzustellen, konnte wegen des zeitraubenden Einstellungsverfahrens im Öffentlichen Dienst und vermutlich des heftigen Widerstandes der Kreditgeber noch nicht umgesetzt werden. Die ersten 1 000 zusätzlichen Kräfte sollen erst ab Januar 2016 eingestellt werden. Weitere 2.440 Stellen sind bereits von den Ministerien genehmigt worden.

Noch im Dezember 2015 soll das „Krankenversicherungsheft“ (Nachweis der Krankenversicherung) für alle bisher nicht versicherten Menschen (einschließlich Migranten und Flüchtlinge) eingeführt werden, das einen allgemeinen, gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem für alle Menschen ermöglicht.

Das Forum Eurokrise im Sozialforum München unterstützt das selbstorganisierte und selbstverwaltete Gesundheitszentrum von Ellinikon am alten Flughafen von Athen. Dort helfen fast 300 ÄrztInnen, ZahnärztInnen, Krankenschwestern usw. in ihrer Freizeit und unentgeltlich den Mittellosen. Nicht nur aus Griechenland, sondern aus vielen anderen Ländern treffen mittlerweile private Geld- und Sachspenden zur Unterstützung dieser exemplarischen Initiativen ein.

Potentiale des neuen Nationalismus, Arbeit an einer solidarischen Alternative

In der öffentlichen Meinung der Gesellschaften Europas festigt sich ein neuartiges nationalistisches Potential. Es stellt die etablierten Parteien vor Rätsel und führt zu Neubildungen. Um Distanz zu den tradierten imperialistischen und nationalsozialistischen Lehren darzustellen, wurde die Parteiführerin des „Front National“ drastisch: Parteiausschluss des Parteigründers, ihres eigenen Vaters. Abstand zur Tradition muss sein, weil die heutigen Nationalstaaten sich nicht als autarke Einheit von Rechtsraum, Kulturraum und Wirtschaftsraum verstehen können. Ein Rückzug aus der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ließe das Produktivitätsniveau zusammenbrechen. Das fühlt die breite Öffentlichkeit und die Spitzenfunktionäre der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Politik, und – nicht zuletzt – des Militärs wissen es genau. War es im Zwischenkriegsdeutschland noch ein Konglomerat aus Militärs, Wirtschaftsführern, Spitzenbeamten und Parteiführern, das die Machtergreifung der NSDAP getragen hat, weil man die Diktatur Nazi-Deutschlands über Europas wollte, so wirbt der neue Nationalismus nicht mit einem Konzept der Ausdehnung des Herrschaftsraumes, sondern mit Ausgrenzung.

Das Leben in den reifen Industriegesellschaften wird von der weltweiten Arbeitsteilung getragen, ereignet sich aber in nationalstaatlich abgegrenzten Rechtsraum, der einen Sozialraum einschließt. In der täglichen Lebensführung auf Dienstleistungen der öffentlichen Hand angewiesen, ist die Strukturierung und Finanzierung dieses Leistungspakets für die Bürgerinnen und Bürger Triebkraft politischen Engagements. Wie wirken Einzelmaßnahmen auf die Prosperität der ganzen Gesellschaft? Welche Leistungen stehen den Einzelnen zu? Wer hat berechnete Ansprüche und: wer nicht? Fragen, die schon unter den Staatsbürgern für allerhand Zwistigkeiten sorgen. Allerdings gibt es zur Klärung geordnete Verfahren, wie das Rechtswesen, die Gesetzgebung, die Wahlen und Abstimmungen. So entstehen Verhandlungssituationen, in denen die Streitenden um breitere Zustimmung werben müssen. Das zwingt zu Elastizität bei der Formulierung von

Seit über vier Jahren bestehen Kontakte zwischen dem Forum Eurokrise im Sozialforum München und der Sozialen Praxis Ellinikon. Inzwischen wurden über eine Postkartenaktion und zahlreiche Infostände über 14 000 Euro für dieses Zentrum gesammelt. Dafür wurden in einer sozialen Apotheke dringend benötigte Medikamente eingekauft und übergeben.

Bitte unterstützen Sie unsere Hilfsaktionen durch Spenden und Mitarbeit!
Spendenkonto: Hans-Peter Gase, Konto 40 160 52 32, BLZ 700 905 00, Sparda-Bank München, Verwendungszweck „Griechenland“.

Email: mkiellinikou@gmail.com • Aktuelle Informationen unter: mki-ellinikou.blogspot.gr
V.i.S.d.P.: P. Kleiser, Holzhofstr. 8, 81667 München, E.i.S.

* nimmt es nur Sachspenden oder Dienstleistungen entgegen;

* erlaubt es keiner Partei, die Ergebnisse der Arbeit der inzwischen fast 300 freiwilligen Helfer_innen für parteipolitische Zwecke zu missbrauchen.

* Alle Spender, Förderer (einzelne Personen oder Firmen) können helfen, ohne dass dies in der Werbung erwähnt wird. Die Soziale Praxis wird von niemandem finanziert (abgesehen von der Raumüberlassung durch die Stadt Ellinikon/Argyroupolis). Dadurch wird ihre Unabhängigkeit und Autonomie gewahrt.

Die Mitarbeiter_innen legen großen Wert auf Transparenz. Alle wesentlichen Entscheidungen werden gemeinsam getroffen, das wichtigste Gremium ist die Vollversammlung. Alle freiwilligen Helfer_innen sind untereinander gleich. Unterschiedliche Aufgaben und Zustän-

digkeiten sind nur aus organisatorischen Gründen möglich.

Die Metropolitane Soziale Praxis Ellinikon begann ihre Arbeit im Dezember 2011. Seither wurde sie von fast 30 000 Menschen zur medizinischen Versorgung aufgesucht. Diese Dienstleistung wird durch die unbezahlte aktive Mitarbeit von vielen Menschen und der Tätigkeit von den zahlreichen freiwilligen Helfern_innen ermöglicht.

Darunter findet man: Ärzte vieler Fachrichtungen, z.B. Kardiologen, Orthopäden, Neurologen, HNO-Ärzte, Frauen- und Kinderärzte, Psychologen, Physiotherapeuten, Zahnärzte, Ernährungsberater u.a. In ihrer Apotheke findet man: zahlreiche Medikamente für die wichtigsten Erkrankungen, Mittel zur Versorgung von Kleinkindern wie Baby-nahrung und Windeln.

Forderungen und ermöglicht Verhandlungslösungen. So kann der Trend, Vorteile bei der Verteilung knapper Mittel durch Ausgrenzung von Mitbürgern zu suchen, in Schach gehalten werden.

Wir erleben nun, wie diese Errungenschaft politischer Zivilisation ausgehebelt werden kann, indem die Frage des Anspruchs auf sog. Sozialleistungen an die Eigenschaft der Staatsangehörigkeit gekoppelt wird, die mit der Problematik der Bedürftigkeit nichts zu tun hat. Das Gefühl mitmenschlicher Verbundenheit fällt dann als Entscheidungsgrund weg. Unzuständig und Punkt. In Gesetzgebung, bei der Gestaltung von Verordnungen und im Vollzug wird gang und gäbe, Solidarität und mitmenschliche Verantwortung nationalistisch zu denken, Menschlichkeit und Unmenschlichkeit parallel zu führen.

Diese politische Entwicklung steht in schreiendem Gegensatz zu der Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten, die für das Funktionieren einer Welt in übergreifender wirtschaftlicher Arbeitsteilung unumgänglich ist. Es führt zu offensichtlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wieso kann es populär werden? Wieso kann die bürokratische Unterscheidung von Staatsangehörigen / Nicht-Staatsangehörigen fließend in kulturelle Ausgrenzung und Rassismus übergehen und moralischen Dämme mit erschreckender Leichtigkeit überfluten?

Während die Nationalstaaten in allen Bereichen der Außenpolitik im Bündnis mit anderen und reguliert durch internationale Verträge handeln können, nimmt ihre Bedeutung als Organisatoren und Garanten sozialer Leistungen fortwährend zu: Rente, Gesundheitswesen, Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, der Fall der Verarmung und wirtschaftlicher Hilflosigkeit, alle diese Fälle werden innerhalb des nationalstaatlich umgrenzten Raumes geregelt. Hier ist der Nationalstaat Souverän, hier findet das Gefühl vom Herr-im-eigenen-Haussein Humus.

Die kulturelle Form, in der Hilfe gewährt oder versagt wird, ist den Bürgerinnen und Bürgern aus dem Versicherungswesen geläufig, das in der bürgerlichen Gesellschaft des 19ten Jahrhunderts entsteht und in vielerlei Formen – so als Gewerbe, als genossenschaftlich getragener Solidarverbund, als staatlich garantierte Einrichtung – das Alltagsleben erleichtert. Die Versichertengemeinschaft definiert, die Pflichten der Versicherten, was der (Un)Fall ist, welche Leistungen gewährt werden. Die Klärung von Ansprüchen ist nicht einfach, kann auf dem Rechtsweg aber bestimmt werden. Versicherungen funktionieren auf der Basis von Risikoannahmen. Sichtbar

wird das im Wettbewerb von Versicherungen, die bessere Leistungen und/oder niedrigere Beiträge bieten, wenn ihre Mitglieder gute Risiken sind. Ausgerechnet in der Kultur solidarischen Versicherung wird der Mitmensch als Risiko relevant. Nicht wie in der klassischen Vorstellung als raubgierig (der Mensch ist dem Menschen ein Wolf), sondern als potentielle Belastung.

Die Risikobetrachtung nimmt den ganzen Menschen ins Visier. Es geht um sein Verhalten, seine Biografie, seine physisch manifesten Eigenschaften. Sehen sich die Staatsangehörigen als Versichertengemeinschaft, so können sie in ihrem Interesse, die Risiken niedrig zu halten, auf die Faustregel zurückgreifen: Unbekannte Risiken – hohe Risiken. So eingestellt werden sie ungewöhnliches, abweichendes Verhalten bereits Zugehöriger ablehnen und vorsichtshalber ausgrenzen, was ihnen unbekannt ist. Damit Fremden Anschluss gewährt wird, müssen diese nachweisen, gute Risiken zu sein. (Ein Beispiel wäre die Zuwanderungserlaubnis für Menschen mit Jahreinkommen über 40.000 Euro.)

Wenn internationale Konventionen die Nationalstaaten verpflichten, Zuflucht und Niederlassung – unter mancherlei Einschränkungen, aber dennoch – grundsätzlich zu gewähren, und darauf kann die wirtschaftlich verflochtenen Welt nicht verzichten, kann sich die Gesellschaft unter zunächst unverfänglichen Meinungsverschiedenheiten in Lager teilen: Hier betont man die Chancen, die mit neu hinzukommenden Kräften sich eröffnen, dort warnt man vor Risiken und Belastungen. Es entstehen politische Forderungen, die an den Nationalstaat adressiert werden müssen und von der Gestaltung der Grenzflächen handeln, die den Rechts- und Sozialraum des Nationalstaates von der international oder in Staatenverbünden verwobenen Welt trennen. Der neue Nationalismus steuert den Kurs der Ausgrenzung. Er reibt sich dabei an den internationalen humanitären Verpflichtungen und Konventionen, die seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts über die Uno und weitere internationale Abkommen ausgebaut werden. Zur Gestaltung der internationalen Beziehungen konzeptionell unfähig, macht der neue Nationalismus seine Punkte: Hier anspruchsberechtigte Staatsbürger – dort fürsorgender Staat. In einem solchen Deutungsmuster ergibt sich mit zwingender Logik die Bevormundung der Bürger mit Blick auf die Lebensweise und die Ausgrenzung fremder Leute.

Schaut man auf Deutschland, zeigt sich, dass dieses Deutungsmuster vom Standpunkt der Leistungsempfänger artikuliert und von einer nicht geringen Zahl von Repräsentanten der

Politik und der Behörden mitgetragen wird, wobei sich Bindungen an Grundgesetz und Menschenrechte lockern oder sogar lösen. Die Hoffnung, dass im Streit der Meinungen der neue Nationalismus mit seinen beschränkten Horizonten in der Minderheit bleibt, politische Macht nur schwerlich erlangen und gewiss nicht dauerhaft behaupten kann, ist begründet.

Aber leider kann der neue Nationalismus auch als Minderheitenströmung das Handeln der Parteien beeinflussen, die das Parteiensystem bilden, indem er in Wahlen und Abstimmungen Kräfte auf sich zieht. Die technische Möglichkeit der Wählerwanderung wird politisch real, weil es Brückenbindungen gibt, die zwischen den demokratischen Parteien (und keineswegs nur bei der CSU) und den Strömungen des neuen Nationalismus Verbindungswege offenhalten.

Solche Verbindungswege lassen sich in den Parteiensystemen der EU-Staaten finden, sie begünstigen überall eine gegen Völkerverständigung und Entwicklung von Menschenrechten gerichtete Polemik. In Deutschland kann sich dieser Prozess von Deutungsmustern nähren, die in den Traditionen von Union, Sozialdemokratie, Grünen, Liberalen und Linken angelegt sind. Andeutungsweise: Im Konservatismus kann die dort grundlegende Bestandsgarantie für das Vorgefundene aggressiv gegen Neues und Abweichungen artikuliert werden. Im Liberalismus kann der Nationalstaat als Schutzmacht und Promoter der nationalen Industrie und der nationalen Institutionen von Kultur und Wissenschaft gesehen werden gegen unlautere Konkurrenz. Bei der Sozialdemokratie kann die positive Haltung zum Sozialstaat mit Ideen von Zugangsbeschränkung und Ausschluss verbunden werden. Die ökologischen Bewegungen, die im Wandel der Lebensstile entstanden sind, können ihre Errungenschaften in Richtung kultureller Hegemonie formulieren, und es ist auch möglich, den Nationalstaat als Schutzmacht ökologisch begründeter Standards und das Ausland als Bedrohung zu interpretieren. Linke Reformpolitik kann bei ihrer Propaganda der Lösung sozialer Probleme durch Umverteilung in einen ungewollten Parallelismus geraten.

Die Parteien haben Potentiale des neuen Nationalismus im Bestand ihrer leitenden Gedanken, ihrer Funktionäre, ihrer Wählerschaft. Eine auf Abgrenzung und Ausschluss gerichtete Drohpotential kann bei der Gestaltung der Grenzflächen zwischen Sozialraum und Weltgesellschaft Verschiebungen in Richtung mehr Unmenschlichkeit erzeugen; auch innenpolitisch kann eine Bewegung, die in Richtung kultureller Homogenisierung drängt, die Lebenswirklichkeit beeinflussen, das

geht beim nachbarlichen Zusammenleben an und reicht bis in die Sphären der Gesetzgebung.

Die Abgrenzungs- und Ausgrenzungswut des neuen Nationalismus wird zum einen durch das Ansehen gekontert, das die Anerkennung der Menschenrechte weltweit genießt. Es ist eine moralische Norm entstanden, die im politischen Handeln von Menschen und Staaten wirkt. Indessen kann sich der neue Nationalismus trotzdem ausbreiten, weil und soweit diese Norm auf dem weiten Feld der internationalen Sozialbeziehungen Gestalt annimmt. Wie dringlich das Bedürfnis und die Bereitschaft ist, solidarische Ausgleichsmechanismen zu schaffen, zeigt sich in der internationalen Praxis. Hilfe bei Naturkatastrophen, bei Ausbruch von Infektionskrankheiten, Hungerhilfen, Ansätze zu fairem Handel, Übereinkommen zu Naturschutzmaßnahmen, Spendenkampagnen – in all diesen Ansätzen wird die Welt als Solidargemeinschaft schemenhaft kenntlich.

Es liegt wohl auf der Hand, dass innerhalb der europäischen Union und noch einmal dichter innerhalb der Euro-Zone Institutionen geschaffen werden müssen, die gewährleisten, dass die Geltung der Grund- und Menschenrechte, über die man sich politisch-moralisch einig ist, durch Garantien sozialer Leistungen im Not- und Krisenfall ergänzt werden muss. Freilich müssten dazu (Un)fall, Art und der Umfang der Gewährleistung und vieles andere mehr ziemlich präzise und verbindlich bestimmt werden. Der dazu nötige gute politische Wille zeigt sich in der Bereitschaft der Bevölkerung im Krisenfall grenzübergreifend zu helfen, für die soziale Technik, um diese alles andere als einfache Problem zu lösen, gibt es in der Sozialgesetzgebung föderaler politischer Systeme Muster, wie wohl auch in der Technik der weltweit gewaltigen Risiken absichernden Rückversicherung.

Linke Politik kann dabei eine Rolle spielen. Der linke Internationalismus, der den neuen Nationalismus kontern kann, sollte seinen Aktionsradius von der Sphäre der moralischen Urteile auf das weite Feld der solidarischen Sozialpolitik ausdehnen. Er kann dabei an die Traditionen und Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung anknüpfen. Zivilgesellschaftliche Initiative, internationale Gewerkschaftsbewegung, helfende Organisationen fast im ganzen Spektrum sozialer Nöte bieten den Stoff, aus dem die Politik in den Diskussionsprozessen der Parteien und den Entscheidungsprozessen der Parlamente schöpfen kann. Wenn linke Politik an der solidarischen Alternative zum neuen Nationalismus arbeitet, wird sie nicht allein bleiben.

Martin Fochler, Alfred Küstler

Umfrageergebnisse zu Asyl und Flüchtlingen

Experten für Käuferverhalten von der Initiative Markt- und Sozialforschung haben eine Umfrage zur Einstellung zur Asyl- und Flüchtlingspolitik veröffentlicht, die wir im Folgenden zitieren. Mit den für Kauf- und Marktentscheidungen entwickelten Mitteln (Umfragegröße ca. 1000 Personen, Interviews mit Skalierung von „trifft genau zu“ bis „trifft überhaupt nicht zu“) haben sie festgestellt, dass in der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren mehrheitlich eine skeptische Haltung zu Flüchtlingen herrscht. Sie ist vor allem von Skepsis geprägt, ob „uns“ die Zuwanderung nützt oder nicht, entsprechend werden die Unterschiede nach Ost und West sowie nach Bildung der Befragten erklärt.

Hier die Pressemitteilung der Marktforscher:

Berlin, 5. Oktober 2015. Zwei Drittel der Deutschen sieht ihr Land zwar als Einwanderungsland, jedoch sind über drei Viertel der Meinung, die Zuständigkeit für Flüchtlinge sollte weiterhin bei dem ersten sicheren Land liegen, welches der Flüchtling erreicht.

Mehr als vier Fünftel wollen wieder Grenzkontrollen einführen.

Dies sind Ergebnisse einer vom 18.9. bis 25.9. durchgeführte repräsentative Umfrage der Initiative Markt- und Sozialforschung.

Die Einstellungen zur Aussage, „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ unterliegen dabei sehr deutlichen regionalen Unterschieden. Im Osten lehnen knapp 45 Prozent diese Aussage ab, im Westen mit 32 Prozent nur ein knappes Drittel.

Bei der Frage, ob Bedrohung durch Hunger und Armut als Asylgrund anerkannt werden sollte, sind die Deutschen noch relativ ausgeglichen: 52 Prozent sind dafür, 48 Prozent dagegen. Dabei gibt es deutliche regionale Unterschiede. Im Osten stimmen nur 45 Prozent dieser Aussage zu, im Westen sind es dagegen 54 Prozent. Besonders gering ist die Zustimmung in Sachsen und Thüringen mit weniger als einem Drittel (32 Prozent). Auch ist die Zustimmung bei Frauen mit 54 Prozent höher als bei Männern mit 50 Prozent und sie steigt mit dem Bildungsniveau.

Die Meinung der Deutschen darüber, ob der Zuzug von Flüchtlingen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zu begrüßen sei, ist ebenfalls ausgeglichen: 49 Prozent stimmen dem zu, 51 Prozent sind ablehnend, fast jeder Vierte ganz entschieden (24 Prozent). Dabei fällt die Zustimmung im Osten der Republik mit 39 Prozent deutlich schwächer aus als im Westen mit 51 Prozent. Auch Frauen stimmen hier mit 54 Prozent deutlich mehr zu als Männer 43 Prozent.

Die Entscheidung, syrische Flüchtlinge aus Ungarn unregistriert einreisen zulassen, hält dagegen die deutliche

Mehrheit der Deutschen (59 Prozent) für falsch. In einer Umfrage des ZDF-Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen von Anfang September, also unmittelbar nach dieser Entscheidung, zeigte sich noch ein umgekehrtes Bild – hier begrüßten die Deutschen die Genehmigung der Einreise noch mehrheitlich (66 Prozent). Die wochenlange herausgehobene Berichterstattung hat offensichtlich zu einem Umschwung der Stimmung geführt.

Insbesondere im Osten Deutschlands wird die Entscheidung abgelehnt – mehr als zwei Drittel (69 Prozent) heißen diese nicht gut. Im Süden Deutschlands, dort wo die Syrer ankamen, zeigt sich ein anderes Bild. In Baden-Württemberg und Bayern lehnen nur 55 Prozent der Befragten die Entscheidung ab.

90 Prozent der Deutschen sind weiterhin der Meinung, die Anzahl der pro Jahr in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge sollte begrenzt werden – mit 54 Prozent stimmt mehr als jeder Zweite dieser Forderung sogar sehr stark zu. Einen starken Einfluss auf die Einstellung zu dieser Frage hat die Bildung der Befragten. Mit steigendem Bildungsniveau sinkt die Zustimmung zu dieser Aussage, verbleibt jedoch immer auf hohem Niveau. Während 93 Prozent mit Volks- oder Hauptschulbildung für eine Begrenzung der Zahl jährlich aufgenommenen Flüchtlinge ist, sinkt die Zustimmung bei Abschluss einer höheren Schule ohne Abitur auf 91 Prozent und bei Personen mit Abitur oder abgeschlossenem Studium auf 84 Prozent.

Einen Aufnahmestopp von Flüchtlingen befürworten fast drei Viertel der Befragten (72 Prozent), jeder Dritte fordert dies sehr deutlich. Auch hier ist es wieder der Osten, der mit 83 Prozent diese Forderung deutlich stärker unterstützt als der Westen mit 69 Prozent.

In diesem Zusammenhang sind auch 81 Prozent der Deutschen für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen, fast jeder Zweite (46 Prozent) befürwortet dies entschieden. Auch diese Forderung wird im Osten mit 92 Prozent deutlich stärker erhoben als im Westen mit 79 Prozent. Auch ist mit 78 Prozent eine deutliche Mehrheit der Meinung, dass sich um die Flüchtlinge jeweils das erste sichere Land kümmern soll, das der Flüchtling erreicht – und das ist in der Regel eben nicht Deutschland.

Kann sich Deutschland den Zuzug der Flüchtlinge leisten? 63 Prozent der Deutschen sind hier skeptisch, im Osten sind es gar 78 Prozent und bei den Männern zwei Drittel. Offensichtlich ist das Gefühl, dass die Grenzen der Möglichkeiten erreicht sind, weit verbreitet.

www.deutsche-marktforscher.de

Inhalt

Das Konzept sichere Herkunftsländer richtet sich vor allem gegen Roma	2
Erklärung der Roma Community Action Groups	
Front National gestärkt, aber nirgends an der Regierung	4
Zusammensetzung der Wähler/innen/schaft des Front National (FN)	
Erdogan eskaliert den Krieg in Kurdistan	6
Auslandsnachrichten	7
UNI bekundet Solidarität mit Amazon-Angestellten • Schweiz: Streik des Genfer Kantonspersonals • Schweiz: Rente mit 60 auf dem Bau gesichert • Tunesien: Unterstützung für Kampagne Qatar Airways • Libanon: Treffen arabischer Gewerkschafter • Südkorea: Schluss mit Repressionen • Australien: Lohnerhöhung für Verkehrsbeschäftigte • Mexiko: Lexmark – legale Unternehmenswillkür? • Chile: Kritik an Arbeitsmarktreform	
Aktionen ... Initiativen	10
Flüchtende aufnehmen und Fluchtursachen beseitigen • Schluss mit der Studiengebühren-Diskussion in Baden-Württemberg • Pflegereform: Paritätischer begrüßt Pflegestärkungsgesetz II • NGOs begrüßen Einigung zu Finanztransaktionssteuer • Um der Mode willen: Multinationale Modemarken billigen Ohnmachtsanfälle von Arbeiter_innen • Offener Brief	
Der Mensch hinter der Zahl: Was das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz Flüchtlingen antut	12
Köln-Pass weiter ausbauen	12
Friedensplenum Mannheim übergibt 700 Unterschriften an Oberbürgermeister Peter Kurz	13
Zwanzig Jahre Bürgerbegehren in Bayern	13
Kommunale Politik	14
HVV-Zwangsticket für Flüchtlinge ist faktische Kürzung: Hamburg. • Konzentration auf dem Wohnungsmarkt: Stadt muss selbst Sozialwohnungen bauen! Bochum. • Linke & Piraten kritisieren Verteuerung des Sozialtickets: Dortmund. • Auf dem Weg zu sozialen und ökologischen Finanzanlagen: Köln. • Stadtwerke-Strom weiter mit Atom und Kohle: Bonn. • Flüchtlingsunterbringung nicht missbrauchen: Essen.	
Tarifabschlüsse im Schnitt bei knapp drei Prozent	16
Produktion bei Bombardier bleibt	16
Wirtschaftspresse	17
Herausforderungen für linke Flüchtlingspolitik	17
Sechs Jahre Austerität: Die dramatischen Folgen für die soziale Lage und die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Griechenland	20
Entstehungsgeschichte und Ziele der „Sozialen Praxis Ellinikon“	
Neuer Nationalismus	21
Umfrageergebnisse zu Asyl und Flüchtlingen	

Donnerstag 7.1. bis Samstag 9.1. 2016 in Erfurt – Winterschule 2016 der ArGe

Winterschule 2016, Thema: Kritik am politischen Konservatismus

- In der alten BRD war die linke Kritik am politischen Konservatismus durch Erfahrung mit dem autoritären Staatswesen geprägt.
- Die mangelnde Reichweite dieser Kritik ist seit langem fühlbar.
- Die Kategorien passen nicht mehr.
- Die neuesten Entwicklungen in der Flüchtlingsfrage deuten allerdings darauf hin, dass der Konservatismus die Brücken zum reaktionären Denken keineswegs gänzlich abgebrochen hat.
- Untersuchungsgegenstand 1: Denkrichtungen und Traditionen, die für den sozial orientierten Konservatismus inspirierend waren und ihm das demokratische Denken zugänglich gemacht haben.
- Untersuchungsgegenstand 2: Auseinandersetzungen um die Orientierung des Konservatismus z.B. bei der Debatte um die Leitkultur.
- Ausleuchten des Spektrums der Meinungen und Lehren, die für die Ausprägung und Veränderung des Parteienspektrums gesorgt haben.

Mitgliederversammlung der ArGe bei der Winterschule 2016

Die Mitgliederversammlung der ArGe findet am Donnerstag, 7.1. 2016, 19 Uhr in der Jugendherberge Erfurt, Hochheimer Str., statt.

- **Öffentliche Veranstaltung: „Ein- einhalb Jahre Rot-Rot-Grün in Thüringen: Eine kritische Bilanz“, Diskussion mit Frank Kuschel, MdL Die Linke**
- **Mitgliederversammlung**
- 1. Beschlussfassung über die Tagesordnung
- 2. Bericht zum aktuellen Situation der ArGe:

- Anerkennung als Bundes-Arbeitsgemeinschaft
- Finanzen
- Bericht vom Treffen der bundesweiten Zusammenschlüsse
- 3. Vorbereitung Sommerschule: Termin und Themensammlung
- 4. Wahl von Sprecherin und Sprecher der ArGe
- 5. Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag
 - Zwei Delegierte
 - Zwei Ersatzdelegierte
- 6. Verschiedenes

Technische Informationen zur Winterschule 2016

Termin: Die Winterschule 2016 beginnt am Donnerstag, 7.1. (14 Uhr), und dauert bis Samstag, 9.1.2016 (18 Uhr).

Wir tagen in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F betragen 31 Euro/Tag und Person. Bettwäsche ist vor-

handen, bitte Handtücher mitbringen. Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Anmeldung: Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um Anmeldungen bis 15. Dezember und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Zum Vormerken:

**Jahrestagung 2016
des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation
am 2./3. April 2016 in Mannheim**

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 21. Januar 2016.

Redaktionsschluss: Freitag, 15. Januar

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2016:

21. Jan., 18. Feb., 17. März, 14. April, 12. Mai, 23. Juni, 21. Juli, 18. Aug., 15. Sept., 13. Okt., 10. Nov., 8. Dez.